

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich 1923.

3. Jahrgang.

Sonntag, 8. Juli 1923.

Nr. 157.

Streit um ein Mandat.

Das Wahlgericht hat in seinem Urteil über den Antrag der tschechischen nationalsozialistischen Partei auf Aberkennung der Mandate der vier Abgeordneten der Erbsengruppe dem Antrag stattgegeben und ist dabei dem Grundsatze gefolgt, daß das Mandat der Partei und nicht dem Abgeordneten gehöre, wobei es sich auf die Wahlordnung berief, welcher das System der gebundenen Listen zugrunde liegt. Dieses System der gebundenen Listen bedingt, daß nicht die Abgeordneten, sondern die Partei gewählt werde und darnach sei es auch Sache jeder Partei, zu bestimmen, welche Abgeordneten sie im Parlamente haben wolle. Ganz abgesehen davon, daß das Wahlgericht, anstatt sich an den im Gesetz genau umschriebenen Kompetenzkreis zu halten, eine Interpretation des Sinnes der Wahlordnung vornahm, die es nichts angeht, wurde schon aufgezeigt, wohin die starre Auslegung und Durchführung dieses Sinnes der Wahlordnung führen kann: zur Verletzung der Demokratie und zur Durchbrechung ihres obersten Grundsatzes, demzufolge die Hauptinstanz für die Beurteilung der politischen Haltung der Abgeordneten die Wählerschaft ist.

Wenige Tage, nachdem das Wahlgericht sein höchst bedenkliches Urteil geschöpft hatte, richtete sich nun ein Fall zu, der dieses Urteil auf den Kopf stellt. Es betrifft die Frage der Bekleidung des durch die gerichtliche Beurteilung Dr. Paerans freigewordenen Mandates. Die groteske Geschichte reicht eigentlich schon in die Zeit der Wahl und des Zusammenritzes des Parlamentes zurück. In Währen hatten die deutschbürgerlichen Parteien, um den Kampf gegen die deutschen Sozialdemokraten erfolgreicher führen zu können, ein Wahlkompromiß geschlossen und sich auf ein einheitliches Vorgehen und gemeinsame Kandidatenlisten geeinigt. Die Listen in den einzelnen Wahlkreisen trugen wohl, wie es die Wahlordnung verlangt, den Namen einer Partei, doch waren auf ihnen in bestimmter Reihenfolge Kandidaten aller deutschbürgerlichen Parteien: Nationalpartei, Deutschdemokraten, Agrarier, Christlichsozial und Deutschgelbe, enthalten. Im Brüner Wahlkreise, wo Dr. Paeran Listenführer dieser gemeinsamen deutschbürgerlichen Liste war, lautete diese auf den Namen der Deutschdemokratischen Freiheitspartei, im Jglauer Wahlkreise trug sie den Namen der christlichsozialen Volkspartei und so fort. Trotz dieser äußerlichen Namen der Listen waren auf ihnen die Kandidaten aller deutschbürgerlichen Parteien vertreten und nicht bloß jener, auf deren Namen sie ging. Die bunte Reihenfolge dieser gemischten Gesellschaft hatte den Zweck, die Wähler aller deutschbürgerlichen Parteien zu bestimmen, im Zeichen der „deutschen Einigkeit“ für diese Liste zu stimmen. So geschah es auch. Durch das Kompromiß wurde auch erreicht, daß Parteien, die aus eigener Kraft nicht imstande gewesen wären, ein Mandat zu erringen, da sie in keinem einzigen Wahlkreise die nach der Wahlordnung erforderliche Stimmenzahl von 20.000 angebracht hätten, eine Vertretung im Parlamente erhielten. Es waren dies die Deutschdemokratische Freiheitspartei und die christlichsoziale Volkspartei. Allerdings hatte das Kompromiß zur Folge, daß in der Hauptwahl auch Abgeordnete gewählt wurden, die jener Partei, die den Namen für die betreffende Liste hergegeben hatte, nicht angehörten. Ein Unikum war es für sich, daß Dr. Paeran auf die Liste der Deutschen Demokraten gewählt wurde, einer Partei also, der er nicht nur niemals angehört hat, sondern durch deren jahrelange Bekämpfung, die sich sogar auf die persönliche Verunglimpfung jeder einzelnen in ihr tätigen Persönlichkeit erstreckte, er seinen eigenen politischen Aufstieg verdankte. Das Wahlgericht entschied, daß die Mandate der Partei gehören, auf deren Liste sie gewählt wurden. Das sei nun an einem Beispiel exemplifiziert: Die Liste im Brüner Wahlkreise ging auf den Namen der Deutschdemokratischen Freiheitspartei, es wurden drei Abgeordnete ge-

Die Streiklage in Berlin.

Sonderaktionen der Kommunisten.

Berlin, 7. Juli. (Eigenbericht.) Die Kommunisten sind bemüht, gegen den Willen der Leitung des Metallarbeiterverbandes, die nur die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung erreichen will, die Kampfstrategie zu erweitern. Heute wurde gegen den Willen der Streikleitung in einigen Betrieben die Arbeit niedergelegt. Der Metallarbeiterverband lehnt es auf jeden Fall ab, den kommunistischen Weisungen zu folgen. Das heute verbreitete Gerücht, der Verband der Berliner Metallindustriellen wolle sämtliche in seinen Betrieben beschäftigten Arbeiter aussperrn, wird von diesem Verbande dementiert. — Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers finden Montag Verhandlungen statt. Ihr Erfolg ist bei der gegenwärtigen Stimmung in der Arbeiterschaft sehr zweifelhaft. Die Eisenbahner und die Gemeindegewerkschaften verlangen gemeinsam wertbeständige Löhne; über

die Forderung wird nächste Woche verhandelt werden.

Der Vorschlag des Demobilisierungskommissars zur Beilegung des Streikes der Bauarbeiterschaft dürfte abgelehnt werden, da er keine wertbeständigen Löhne beinhaltet. Die Holzarbeiter haben ihren Streik für beendet erklärt.

Berlin, 7. Juli. (Eigenbericht.) Die Streiklage in der Berliner Metallindustrie hat heute keine wesentliche Veränderung erfahren. Dem „Vorwärts“ zufolge ist von unparteilicher Seite ein Vermittlungsvorschlag zur Beilegung des Kampfes gemacht worden. Die Streikleitung erklärte, daß sie jederzeit bereit ist, einem Vermittlungsvorschlage auf annehmbarer Grundlage näherzutreten.

Cuno beschönigt die aktive Resistenz.

Berlin, 6. Juli. (Wolff.) Ueber die Unterredung des Reichskanzlers mit dem apostolischen Nuntius geht uns folgendes Kommuniqué zu: Pacelli hat im Auftrage der Kurie die Sabotageakte im besetzten Gebiete zur Sprache gebracht und die Ansichten und Wünsche des heiligen Stuhles eingehend dargelegt. In seiner Rede hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß es sich um Vorfälle handelt, die aus der Erregung eines gepeinigten Volkes und als verzweifelte Versuche der Notwehr zu erklären sind. Die Reichsregierung sei jedoch mit dem heiligen Stuhle darin einig, jede verbrecherische Gewaltanwendung zu verurteilen. — Diese Erklärung ist zweifellos viel zu leidend, um als entschiedene Verdamnung der Sabotageakte durch die Reichsregierung angesehen werden zu können. Das ist umso bedauerlicher, weil die Sabotageakte die folgende Meldung verbreitet:

London, 7. Juli. (Havas.) In hiesigen Kreisen verlautet, daß Belgien an Deutschland eine Note sandte, in der gefordert wird, daß Reichskanzler Cuno die im Ruhrgebiete verübten Attentate öffentlich verurteile. Frankreich soll sich diesem Schritte angeschlossen haben. Wenn dieser Forderung nicht willfahrt werden wird, werden der französische und belgische Botschafter Berlin verlassen und nur die Charges d'affaires dort belassen werden.

Der Papst wird energisch!

Berlin, 7. Juli. Die „Vossische Zeitung“ will aus Kreisen, die mit den Auffassungen der Kurie vertraut sind, wissen, daß die Aktion des Papstes, die mit dem Brief an Kardinal Gasparri begonnen hat, weiter fortgesetzt werden solle. Der Papst werde sich in der Enzyklika deo doctorum, die bei der sechshundertjährigen Wiederkehr der Heiligsprechung des hl. Thomas von Aquino am 18. Juli veröffentlicht werden wird, außer mit religiösen auch mit Zeitfragen beschäftigen. Diesmal sei der Papst entschlossen, seiner Stimme Gehör zu verschaffen. Die Zeit für eine Neuregelung der politischen Methoden der Nachkriegszeit sei gekommen.

Mysteriöse Havas-Meldungen über die Verhandlungen.

London, 7. Juli. (Havas.) Reuter berichtet, daß der französische Botschafter Lord Curzon auf die Fragen, deren Klarstellung die britische Regierung wünschte, eine vollkommene Antwort gab.

Paris, 7. Juli. (Havas.) Gegenüber den gestrigen in der Angelegenheit der englisch-französischen Unterredungen verbreiteten Berichten muß konstatiert werden, daß die Londoner Verhandlungen mündlich und keineswegs auf schriftlichem Wege geführt werden.

wählt, darunter aber nicht ein einziger Kandidat der Partei, welche Namensträgerin der Liste war, da ihr Kandidat in dieser Liste erst an fünfter Stelle stand! Die Liste hatte nur die Aufgabe, die Deutschdemokratische Freiheitspartei als „gewählt“ erscheinen zu lassen, und rein formell auf ihr die notwendige Stimmenzahl zu vereinigen, damit im zweiten scrutinium die auf die Partei in den einzelnen Wahlkreisen Vöhmens abgegebenen Stimmen gezählt werden, aber in Wirklichkeit wurden auf sie gewählt ein Nationalpartei, ein Agrarier und ein Christlichsozialer! Auch hier ist übrigens noch eine Korrektur vorzunehmen: Dr. Paeran, der Listenführer der deutschdemokratischen Liste, trat wohl nach der Wahl dem parlamentarischen Klub der Deutschen Nationalpartei bei, aber bis dahin gehörte er weder der einen noch der anderen Partei an, sondern war Führer einer eigenen, von ihm begründeten Partei, der sogenannten „Partei des freien deutschen Mittelstandes“, auf deren Programm — wenn man das Gemengsel von Konfusion und Demagogie so nennen kann, — er denn auch kandidiert hatte.

Der Weisheit des Wahlgerichtes wäre nun eine schwer lösbare Aufgabe gestellt, wenn es zu entscheiden hätte, welcher Partei die Mandate der in diesem Wahlkreise gewählten Abgeordneten eigentlich gehören. Der Deutschdemokratischen Freiheitspartei? Der gehörten die Gewählten doch niemals an, sie

kandidierten denn auch auf ganz andere Programme, — das waren jene ihrer Partei, — und Dr. Paeran trat auch noch sogar im Abgeordnetenhaus einem anderen Parteiklub bei, als sein Wahlprogramm, — vom Namen der Liste ganz zu schweigen — vorläufig. Nach der Entscheidung des Wahlgerichtes gehört das Mandat Paerans aber auch nicht der Deutschen Nationalpartei — obwohl er ihr zur Zeit seines Mandatsverlustes angehörte — denn er war doch auf die Deutschdemokratische Liste gewählt worden!

Der Gipfel des Widerjuns wurde aber erst bei der Befragung des freigewordenen Mandates des Dr. Paeran erreicht. Nach dem Namen der Kandidatenliste ist das Mandat Eigentum der Deutschdemokratischen Partei, nach seinem bisherigen Träger aber Eigentum der Deutschen Nationalpartei, oder auch Eigentum der „Partei des freien deutschen Mittelstandes“, deren Obmann Paeran noch immer ist. Was ist aber geschehen? Das Ministerium des Innern hat den auf der Liste in der Reihe Nächstfolgenden, den Mühlenbesitzer Alois Stenzel aus Mähr.-Tribau, einberufen, dessen Parteigebühre weder dem Namen der Liste noch der politischen Gesinnung des bisherigen Mandatsinhabers anzupassen ist. Stenzel ist Obmann der Deutschen Gewerkepartei, einer Partei, die bisher im Parlamente überhaupt nicht existierte und die bei den Wahlen auch nicht als Parteikandidierte. Bei den Wah-

Von Wahlreform, Kurssturz und andern Mühen des „Aufbaus“.

Von unserem römischen Mitarbeiter.

Mit einem aus Unglaubliche grenzenden Serbilismus bemüht sich die Kommission, die den Regierungsentwurf über die Wahlreform prüfen muß, dem Faschismus noch mehr zuzufügen, als er sich selbst anzumachen wage. Wir werden Zeit haben, uns mit dem Entwurf zu beschäftigen, sobald er der Kammer zur Annahme vorliegt. Vorläufig genügt es, vor Augen zu halten, daß die Liste mit der höchsten Stimmenzahl, auch wenn sie nur die Hälfte der Stimmen der verschiedenen Oppositionen erzielte, drei Viertel ihrer Kandidaten durchbringt. So unfaßlich es scheint, daß Leute, denen Polizeifunktionen obliegen, in dem ihrer Autorität unterstellten Gebiet wählbar sein sollten, hat die Kommission es fertig gebracht, mit neun Stimmen die Ungebeuerlichkeit zu sanktionieren, daß eine vom Staat bezahlte Parteiliste, die nur ihrem Parteioberhaupt, nicht dem Staatsoberhaupt, dem König, den Treuschwur geleistet hat und die trotzdem mit allen Mitteln moderner Technik bewaffnet, den Sicherheitsdienst versteht, was sie am Wahltage sicher mit einigem Horn und einigem Eifer tun dürfte), ihren eigenen Befehlshaber als Kandidaten unterstützen darf. Und dieser unerhörte Hohn auf die freie Wahlbetätigung hat bei den zwei liberalen Kommissionsmitgliedern nur den Mut der Stimmenhaltung ausgelöst. Dagegen gestimmt haben ein Sozialist der Einheitspartei, einer der sozialistischen Partei, ein Kommunist, ein Republikaner, der frühere Ministerpräsident Bonomi und ein Giollittianer. Als Grund für die Wählbarkeit führte der frühere Nationalist Paolucci an, daß alle heutigen faschistischen Abgeordneten mehr oder weniger hohe Stellungen in der nationalen Miliz bekleiden! Wenn dies im Lichte der „praktischen Vernunft“ gilt, so gilt im Lichte der „reinen Vernunft“ das großartige Argument, daß die nationale Miliz durch ein Dekret auf Grund der außerordentlichen Vollmacht des Ministerpräsidenten gegründet wurde, so daß die Kammer inkompetent wäre, über sie zu befinden!

Wir sind der festen Überzeugung, daß die Kammermehrheit das faschistische Wahlgeseh mit Haut und Haaren heruntergeschluckt, wobei noch nicht einmal der Vorteil gefordert ist, daß die Wahlen nicht mit dem Knüttel gemacht werden müssen. Ohne Widerspruch von Seiten der Regierung wurden die „Wahlen mit dem Knüttel“ in einer der ersten Kammeritzungen nach der faschistischen Besitzergreifung dem Lande versprochen. Die neue Wahlmaschine sollte so sicher arbeiten, daß sie dem Knüttel nur noch eine dilettantische Betätigung zuweisen würde; das ist aber eine Illusion. Sollte ein Bloß der Oppositionsparteien zustandekommen, so steht alles nach wie vor bei der Gewalt. Für den Fall übrigens, daß der Regierungsentwurf nicht durchgehen sollte, stellt das faschistische „Giornale d'Italia“ eine zweite Auflage des Mar-

len gab es im ganzen Staate nicht einmal eine Liste, die den Namen dieser Deutschen Gewerkepartei getragen hätte, es fehlt also bei ihr auch die erste Voraussetzung — der Wahlordnung gemäß, in einem Wahlkreise wenigstens 20.000 Stimmen auf sich vereinigt zu haben — um eine Vertretung im Parlamente besitzen zu dürfen. Die Gewerkepartei und Herr Stenzel sind, weil dieser auf das Mandat zugunsten der Deutschen Nationalpartei nicht Verzicht leisten wollte, Gegenstand heftiger Angriffe durch die anderen deutschbürgerlichen Parteien, sie nennen sein Vorgehen Unanständigkeit und Mandatsraub, wobei sie auf ein vor der Wahl zwischen den deutschbürgerlichen Parteien abgeschlossenes Übereinkommen hinweisen, demzufolge bei Freierwerbung eines Mandates als Nachfolger nicht der Nächste auf der Kandidatenliste einzutreten hätte, sondern ein Angehöriger der Partei des früheren Mandatsträgers. Aber das ist ein parteimäßiger, privater Vertrag und es mag unanständig sein, daß Herr Stenzel ihn gebrochen hat, aber mit der Beurteilung der Frage, welcher Partei das Mandat gehört, hat dies nichts zu tun. Als zu beantworten vermöchte die Frage niemand, am wenigsten das Wahlgericht, das mit seiner Entscheidung nichts zur Klärung beitrug. Die Befragung des Mandates Dr. Paerans mit allen ihren Zusammenhängen läßt das Urteil des Wahlgerichtes erst recht als ein solches erscheinen, das erfolgte, weil es das Interesse der Koalition so erforderte.

Der Wiener Hafentrezlermord.

Blutglücklicher Versuch der Nationalsozialisten, die Unternehmung zu beeinflussen.

sches auf Rom in Aussicht und macht dafür, in ruhrender Treueherzigkeit, die Merkmalen verantwortlich, die durch ihr Votum gegen den Entwurf das Land in Unruhe stürzen würden. Für Gewalttaten, die die herrschende Partei in Szene setzt, wenn irgendwo und wann ihr Wille nicht geschieht, ist also der verantwortlich, der diesen Willen nicht getan hat!

Während so in Italien der Volksouveränität die Wege in dieser Weise geebnet werden, lesen wir mit Erstaunen, daß Mussolini für äußerlichen Gebrauch" andre Grundsatze hat, als für die innerlich zu gebenden Mittel." Hat er doch dem gegenwärtigen griechischen Minister des Auswärtigen offiziell erklärt: "Ich kann keine Unterhandlung mit einer Regierung einleiten, die noch nicht geschmäht investiert ist, weil das Volk noch nicht durch das Mittel der politischen Wahlen befragt worden ist über die heute die Macht innehabenden Persönlichkeiten, die zu dieser Macht gelangt sind, weil sie Vorteil gezogen haben aus der Zerrüttung und Unordnung im Lande." Es ist unbegreiflich, daß der „Hohle Rat des Faschismus" nicht Mussolini wegen dieser Worte zur Rechenschaft zieht, die sich ganz genau auf die faschistische Regierung anwenden lassen!

Inzwischen bleibt weiter als einziges Programm die Gewaltanwendung, von der man sich offenbar Wunderkräfte verspricht. Die italienische Valuta fällt in den letzten Wochen in beunruhigender Weise. Sie fällt, trotzdem die Ernte sich gut anläßt, viel besser als im letzten Jahre, und trotzdem die Handelsbilanz gebessert ist. Ein Pfund Sterling, das zur Zeit der Jubiläumfeier, im August 1921, zwischen 76 und 84 Lire schwankte, kostet heute 102 bis 106 Lire, obwohl die Faschisten bei der Besitzergreifung versprochen hatten, den Preis in kurzer Frist auf 50 Lire herabzudrücken. Wir sind weit entfernt, der faschistischen Regierung die alleinige Verantwortung für den schlechten Stand der italienischen Valuta zuzuschreiben. Die Ruhrbesetzung und die aus ihr folgende Entwertung der Mark trägt die Hauptschuld an der industriellen Krise, da die italienischen Fabrikate von den deutschen geradezu erstickt werden. Freilich hätte die Regierung in Sachen der Ruhrbesetzung eine andere Politik treiben können als die des Pontius Pilatus, aber dabei handelt es sich schließlich mehr um Ohnmacht als um Unverständnis und diese Ohnmacht war ein Erbteil voriger Regierungen, die die faschistische unverfügt übernommen hat. Das Finanzexposé, wenn man es kritisch betrachtet, deckt auch nicht schlechtere Verhältnisse auf als die der Vorgänger; vielmehr wird sogar auf dem Papier manches besser geworden. Schuld an dem sinkenden Vertrauen der internationalen Finanz in die italienische Valuta trifft die Regierung nur insofern, als ihre beständigen Drohungen des Bürgerkrieges von oben dabei mit in Frage kommen. Die internationale Finanz ist wenig zugänglich für rhetorische Floskeln; sie sieht mehr auf das Kontrete und sagt sich, daß ein Land, dessen Ministerpräsident allwöchentlich ein Blutbad unter den eigenen Bürgern androht, keine zuverlässige finanzielle Basis bieten dürfte. Sie hat keine Sympathien und Antipathien; für sie zählt faschistisches Geld ebenso wenig wie das der Sowjet, wenn es nur Geld ist. Aber sie weiß, daß der Bürgerkrieg in der Westentasche des Ministerpräsidenten keine Gewähr guter Geldanlage ist. Daher wirft die internationale Finanz die Lira auf den Markt, anstatt sie dort aufzubauen.

Die Regierung will aber auch hier den Teufel durch Beelzebub austreiben. In dem Sinken des italienischen Werts sieht sie nur ein Mandat der „animalischen Elemente" und läßt in dem Familienblatt der Mussolini Maßnahmen gegen die Banca Commerciale androhen. Hier kommen

Wien, 7. Juli. (Eigenbericht.) Zu dem in den heutigen Morgenblättern veröffentlichten Bericht der Nationalsozialisten über ihre Vorgesprache beim Polizeipräsidenten von Schöber teilt die Polizeidirektion amtlich mit, was er den Nationalsozialisten auf ihre Vorgesprache geantwortet habe. In der amtlichen Verlautbarung wird zunächst gesagt, daß der Polizeidirektor die Abordnung der Nationalsozialisten in Gegenwart eines Zeugen empfangen hat. Der Polizeipräsident hat erklärt, daß er alles aufbieten werde, um eine ehestige Aufklärung der ganzen Affäre zu ermöglichen. Es seien nur solche Personen verhaftet worden, welche, wie Kobosatz, aktiv tätig waren, oder wie Freund und Genossen als Mitschuldige in Betracht kommen. Ferner seien bei solchen Personen Hausdurchsuchungen durchgeführt worden, die durch die verhafteten Mitglieder beschuldigt wurden, Terroraktionen im Sinne gehabt haben, oder welche sich selbst zu solchen

Aktionen bekannt haben. Der Polizeipräsident hat der Abordnung vorgehalten, daß die Bestimmung so unerfahrenen Personen zu Kommandanten von Abteilungen, wie es im Falle Kobosatz geschehen sei, von jenen verantwortet werden müsse, die die Bestimmung vorgenommen hätten. Mit dieser Erklärung der Polizeidirektion ist dem Versuche der Nationalsozialisten, die Untersuchung zu beeinflussen, wohl ein Ende bereitet worden, umso mehr, als der Polizeipräsident erklärte, daß die Untersuchung unbeeinträchtigt von jeder politischen Rücksicht geführt wird. Die polizeiliche Untersuchung ist im wesentlichen abgeschlossen und die Untersuchung führt jetzt der Untersuchungsrichter aus St. Pölten. Die Tätigkeit der Polizei beschränkt sich jetzt darauf, den Namen und die Nationalitäten des Freund festzustellen, der der Hauptschuldige an dem Morde ist.

Keine Einigung über die Santerverwaltung.

Genf, 6. Juli. (Schw. T. A.) Der Völkerbundrat hielt heute abends eine eininstimmige, streng vertrauliche Beratung ab, um

in der Saaranangelegenheit Beschluß zu fassen. Infolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen Lord Cecil und Dannoaux konnte man zu keiner Einigung kommen. Der Rat wird sich deshalb morgen vormittags nochmals mit der Frage beschäftigen.

die antisemitischen Ansätze, die der Faschismus mit der ganzen reaktionären Bewegung Europas gemein hat, andeutungsweise zutage. Auswachen können sie sich nicht, weil in der Regierung selbst Israelliten, wenn auch getaufte, das große Wort führen. Es ist nicht das erste Mal, daß die Regierung die Banca Commerciale aufs Korn nimmt, die dreitgrößte Bank des Landes; man will wissen, daß denselben Institut schon einmal Drohungen gemacht worden sind wegen einer Geldüberweisung zugunsten eines kommunistischen Blattes, die zu den täglichen Operationen jeder Bank gehört. Damals soll die Generaldirektion sich bereit erklärt haben, die Bank zu liquidieren, um nicht der ihr zugemuteten Kontrolle zu unterliegen, die einem Vertrauensbruch gegen die Rundschau einschloß. Es deutet jedenfalls auf einen gewissen Grad von Verbleidung, wenn die Regierung nach diesem Beispiel sich in dem Wahne wiegt, durch Drohungen gegen ein Bankinstitut dem italienischen Wechsel aufzublocken.

Tabei hat die faschistische Partei handgreifliche Beweise des Wachstums der Lypsoption. Als Mussolini am Gedächtnistag der Biadeschlacht vom Palazzo Venezia zu den Kriegsteilnehmern sprach und sehr stattvoll ihre Teilnahme an der Feier als Solidaritätsbezeugung für seine Partei und Regierung ansah, wurde er durch den wiederholten Zwischenruf unterbrochen: „Es lebe die Freiheit". Natürlich versicherte er sofort, daß seiner Regierung jede Freiheitsverletzung fern läge, aber wenige Tage darauf schrieb eins der Regierungsorgane, das sich die Aufgabe stellt, die italienische Weltbeherrschung vorzubereiten: „Feinde des Faschismus! Ihr stinkt entsetzlich und es ist an der Zeit, viele Schaufeln von Erde auf eure verteidenden Körper zu werfen". In demselben Artikel wurde der „Heerführer" aufgefördert, die zweite Sturz- welle zu entlassen, um die verruchten Ueberreste

wegzufegen". In jedem Lande gibt es Zeitungen, in denen Halluzinierte solchen und ähnlichen Mist von sich geben. Wo dies aber im Regime strengster Zensur geschieht, die nur die regierungsfremde Ansicht durchläßt, da sind solche Krampfanfälle nun einmal nicht dazu angetan, den fallenden Wechsel aufzuhalten. Im Ausland hört man wenig über Italien, weil die Zensur streng ist und das Geschäft des Berichterstatters gefährlich, aber was man hört, macht einem allzu epileptischen Eindruck, als daß es geeignet wäre, in Finanzkreisen Vertrauen zu erwecken.

Es hat sich noch nie eine Regierung ausschließlich durch Gewalt behauptet. Gewiß kann sie, wie das Lenin getan hat, der alten Interessensmacht eine neue überordnen; die Sowjetbürokratie hat die des zaristischen Regimes abgelöst. In einem Lande mit tiefwurzelnden demokratischen Traditionen ist aber diese Verschiebung nicht so leicht, besonders wenn die Möglichkeit fehlt, große materielle Mittel des besiegten Regimes unter die Sieger zu verteilen. Trotz der Ausmerzung aller nicht faschistischen Beamten und der Schaffung eines eigenen Prätorianerkorps hat der faschistische Staat noch keinen festen Rückhalt. Das Prätorianerkorps ist für die Gewalt geschaffen und soll vom Ministerpräsidenten als Gewaltdrohung verwendet werden. Es drängt aber darauf, aktuelle Gewalt zu werden. Die ewige Litanei von dem bevorstehenden Ausbrechen mit blutigem Besen scheint uns mehr der Aussicht auf die Parteigänger als die Wegner zu entspringen. Die Faschisten geschehen sich untereinander. Für ihren Parteisiedeln brauchen sie von Zeit zu Zeit eine Dosis Bürgerkrieg. Und die internationale Fin. z will das nicht einsehen und läßt es die arme Lira entgelten, wenn die Zukunftsmusik der italienischen Regierung klingt wie das Anatzen der Waschengebehr.

Inland.

Anstelle der Kampfgenossenschaft — die Volksgemeinschaft. Im Abgeordnetenhaus fand eine Sitzung des Klubs der Abgeordneten der Deutschen Nationalpartei statt, in der zum Vizepräsidenten anstelle des mandatsverlustigen Baerant Abg. Dr. Rabda gewählt wurde. Sodann wurde die politische Lage mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland einer Besprechung unterzogen und einmütig der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine Klärung der innerpolitischen Situation nur durch Neuwahlen herbeigeführt werden könne, zumal die heutigen Parteien sich auf das Vertrauen ihrer Wähler aus dem Jahre 1920 nicht mehr berufen können. Weiter heißt es in dem über die Klubsituation ausgegebenen Bericht: „Die gefährliche Lage des Deutschen Reiches legt dem gesamten Deutschland nach Ansicht des Klubs mehr denn je die Verpflichtung auf, alles Trennende zurückzustellen und sich zur Sicherung des Volkstums zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen. Die Deutsche Nationalpartei wird im Rahmen des Sudetendeutschums jedes auf die Schaffung einer solchen Volksgemeinschaft gerichtete Bestreben unterstützen." Die deutsche Nationalpartei ruft also zunächst heldenmütig nach Neuwahlen. Im nächsten Moment aber rückt sie ihre Heldenhastigkeit gleich ins rechte Licht. Sie ruft nach der berühmten deutschen Einheitsfront, die sie diesmal zur Abwechslung „Volksgemeinschaft", also nicht mehr „Kampfgenossenschaft" nennt, wohl nicht wegen der gefährlichen Lage des deutschen Reiches, sondern wegen der gefährlichen Lage der Nationalpartei, die es nicht ratam erscheinen läßt, allein ohne Wahlkompromiß der deutschdemokratisch-freischlich-jüdisch-christlichen Fabrikantenpartei in den Wahlkampf zu gehen. Nicht im Zeichen des Hakenkreuzes, sondern im Zeichen des Wahlbündnisses mit Herrn Rakka winkt der Sieg. Heil!

Die Tschechisch-merikalen und Hus. In einem tschechisch-merikalen Provinzialblatt lesen wir eine Boitschaft an die Prager Husfeier, in der gesagt wird, daß nicht nur Hus wegen seiner Ueberzeugung gestraft wurde, sondern auch Soupal. Dann lassen die Merikalen der abgefallenen und ungläubigen Prager Hefe der Nation sagen, daß sie nicht vergessen soll, auch nach Pantray (das ist das Prager Gefängnis) beten zu gehen, denn Soupal sei ein Anhänger der von Hus gepredigten Meinungsfreiheit gewesen. Die alten Krämer Herben, Bartoschek und Kofatsch bitten die Merikalen, sie mögen auch vor der Zelle Baerants eine Kerze anzünden und „überhaupt diesen Deutschen unter großen Festlichkeiten in Freiheit setzen." Zum Schluß versichert die gelungene „Botschaft", daß am gefeierten Tage in der Hölle anlässlich der Husfeier große Freude herrsche. — Auch das Sramelblatt, die Prager „Lidove Listy" lassen die Husfeier aus und sagen u. a.: „Hier ist die Zweideutigkeit des tschechischen Fortschrittlers sichtbar geworden. Er fürchtet, Hus in die Gegenwart zu Ende zu denken. Er verehrt die Revolution der Vergangenheit und dabei überläßt ihn die Gänsehaut vor der Möglichkeit einer künftigen Revolution... Hus bedeutet den revolutionären Gedanken auch heute, während der tschechische Fortschrittler ihn zu einer Autorität der heutigen Ordnung macht." Man muß sagen: Herr Sramel kennt keine fortschrittlichen Koalitionsgenossen, die Revolutionäre von gestern und die Reaktionäre von heute sehr gut!

Zwischen Bach und Händel.

Von Felix Stöffinger (Berlin).

Die Unzulänglichkeit unseres ganzen künstlerischen Lebens wird durch nichts so gut charakterisiert wie durch die Fülle von Musik- und Theaterfestspielen, die in vielen deutschen Städten dem chaotischen und planlosen Winter angehängt werden. Es ist so, als ob man sagen würde, es war doch alles recht unzulänglich, wir alle haben unsere Pflichten veräußert und wenn wir vor unserem Gewissen und unserem Ehrgeiz bestehen wollen, dann müssen wir nun schnell dem entfliehenden Jahr noch alles das nachsenden, was wir in den wichtigen Monaten veräußert haben. So häufen sich denn moderne und klassische Musikfeste, wenn der Musikfreund schon geneigt ist, den ganzen Musikwinter zu vergessen, und so kann man, noch bevor nach dem Mißvergnügen dieses verregneten Frühlings die Natur in die Natur beginnt, das Größte und Stärkste, und vor allem das Wichtigste des ganzen Jahres erleben.

Und dieses Größte und Wichtigste für den, der ohne hohe und große Kunst nicht leben möchte, ist das Bachfest, das jedes Jahr stattfindet und diesmal in Leipzig in drei Tagen und acht Konzerten eine solche Fülle des Großen und Unvergleichlichen geschenkt hat, daß es einfach unmöglich ist, davon zu schweigen. Unmöglich in Prag davon zu schweigen, das mit seiner kauftätigen Valuta in der Lage ist, das Schönste und Wichtigste sich kommen zu lassen und weiten Kreisen, auch der Arbeiterschaft, zu bieten.

Das deutsche Volk ist stolz auf seine großen Künstler, stolz auf die Tatsache, daß die ganze große, heute lebende Musik durch deutsche Namen repräsentiert wird. Wenn man aber das Heimatrecht der Kunst nicht nach den Geburtsstätten der Schaffenden bewertet, sondern nach dem Verhältnis des Volkes zur Kunst dann vergeht einem leicht der Stolz und der Hochmut.

Gewiß, Bach war ein echter Deutscher. Er und seine vielen Vorfahren und Familienmitglieder stammten alleamt aus kleinen deutschen Dörfern. In vielen Städtchen sahen sie als Kantoren und Organisten, als Dorfschullehrer und Stadtkapellmeister und übten die Musik wie ein ehrliches Handwerk aus, ohne Künstlerstolz und ohne Präntionen. Und einer von diesen vielen Bachs war Johann Sebastian, der zwar viel in Deutschland herumreiste, weil er als ein berühmter Orgelspieler und -kenner gesucht war, aber niemals über die deutschen Grenzen kam und vielleicht nicht einmal dies ersehnte. Und dieser große Johann Sebastian, der auch das Leben eines ehrfamen Handwerkers und Kirchenbeamten führte, war gleichzeitig das größte Musikgenie aller Zeiten und je mehr man sich mit ihm beschäftigt, umso rätselhafter wird er. Aber man glaube nun nicht, daß dieser Johann Sebastian in Deutschland heimisch ist. Was kennt man von ihm? Nun, sagen wir ein Z w e i h u n d e r t e l seines Lebenswerkes. Das ist keine Uebertreibung, sondern kommt der Wahrheit nahe. Und ein Volk, das einen Mann solcher Art sein eigen nennen will, mühte wohl mehr tun, ihn wahrhaft kennen zu lernen, wenn es seinen Anspruch auch geistig begründen will. Freilich, Bach kennen zu lernen ist nicht leicht; das muß man ohne weiteres zugeben. Und so hat denn auch die Neue Bachgesellschaft es sich zur Aufgabe gesetzt, das Werk von Bach durch Aufführungen bekannt zu machen, nachdem ihre Vorgängerin, die alte Bachgesellschaft, den Druck des ganzen Werkes in jahrzehntelanger Arbeit zustande gebracht hat.

Das Leipziger Bachfest in den Juni- tagen war das erste. Die Menschen, die sich dort trafen, haben zum Teil alle elf Bachfeste mitgemacht und die neuen Besucher des Bachfestes haben daher das Gefühl, in eine Art heilige Gemeinschaft aufgenommen zu sein. Denn wirklich, — es gibt nichts Erhabeneres und Heiligeres als Bach zu lieben, in seiner Welt zu atmen

und zu versuchen, Jahr um Jahr ein Werk nach dem andern kennen zu lernen und in sich aufzunehmen.

Das Wunderbare bei Bach ist die erhabene Fülle seiner Seele. Und reich und groß wie die ist seine Musik. Bach hat mehrere tausend Musikwerke hinterlassen. Und mit ganz wenigen Ausnahmen ausgesprochener Gelegenheitswerke weltlichen Charakters kennt man nichts Schöneres, Unbedeutendes von ihm. Ähnlich wie der geistreiche Lichtenberg von den Griechen sagte, kann man von Bach sagen, er kannte noch nicht die Kunst, schlecht zu komponieren. Wann immer er die Feder ansetzte, um sich, um die Welt, um das Göttliche auszuspochen, war er groß und erhaben, und wenn er auch in den kleinsten Kirchen an der Orgel oder in seiner bescheidenen Schreibstube saß, dann reichte sein Scheitel in die Sphären und seine Seele sprach mit den Göttern.

Freilich, Bachs Kunst kommt nicht aus der Luft her, aus Nirgendwo. Das 16. und 17. Jahrhundert hat die gewaltigste Musik geschaffen und die ganze Klassik des 18. Jahrhunderts ist davon nur ein Nachhall. Diese Zeit des Barocks war groß in der Architektur und in der Musik, die nach dem Wort Goethes eine flüssige Architektur ist, so wie Architektur gefrorene Musik ist. Bach hatte außerdem eine große Welt in der deutschen Religiosität des 16 und 17. Jahrhunderts und in der Tradition des Kirchenliedes hinter sich. Aber zu alledem Große, mühte doch ein Großer kommen, und das war Bach, und da auch er seine Grenzen hatte, nicht gleichzeitig wie Stronchmus im Gehäus schaffen konnte und ein strahlender, prächtiger Weltmann sein konnte, schuf die reiche Natur auch noch den großen Händel, dem jetzt auch in den ersten Julitagen Opernfestspiele in Göttingen gewidmet sind.

Wenn man Händel hört, fühlt man sich den Urquellen der Musik nahe. Welch eine raufschende Kraft ist in seinem herrlichen gewaltig geschwungenen Ariens, welche Erhabenheit der Stille, der Seele, welche Weite, wie es kaum ein deutscher

Künstler hatte, und die Händel seinem Leben und Schaffen in Italien und England verdankte.

Alle die großen Künstler vor Bach und Händel sind genau so wie Bach und Händel selbst noch erst zu entdecken. Die Forschung, die praktische Musikpflege wird da noch große Aufgaben haben. Unsere eigene Sehnsucht nach einem mächtigen, monumentalen Stil, nach einer weit über die Realität erhebenden Kunst wird dieser Arbeit Förderung angebeihen lassen. So ist denn erst jetzt nach zweihundertjährigem Vergessen Händel als Opernkompomist entdeckt worden. Dem Opernkompomisten sind in erster Linie die Göttinger Festspiele gewidmet. Erfreulicherweise haben sie vom vorigen Jahr her auch schon eine praktische Wirkung gehabt, indem die Große Volksoper in Berlin den Julius Caesar in ihren Spielplan aufnahm. Der Caesar gehört zu Händels freien Opern, und da wir in Berlin noch niemals eine Oper von Händel gehört haben, fehlt uns der Maßstab zur Beurteilung, der sich ja stets nur aus dem Vergleichen ergeben kann. Wir können also den Opernkompomisten Händel nach diesem Werk nur ungenügend beurteilen. Aber von diesem Werk können wir sagen, daß es eine Oper von einer festlichen Pracht und einer feierlichen Schönheit ist und die Aufnahme in den Opernspielplan zu den bedeutendsten Bereicherungen des deutschen Opernlebens gehört. Der Reichtum an „Partien", die Fülle der Aufgaben für die Sänger, die Mannigfaltigkeit der Stimmungen macht das Werk nicht etwa zu einem Fest nur für Kenner, sondern auch für das große musikfreundliche Publikum. Selbst die Steifheit des Dramatisch-Szenischen, die oratoriumhafte Gemessenheit des Rezitativs und die sonderliche Bierlichkeit des Barockstils in Bezug auf das Dramatische hemmen die Wirkung nicht. Die großen, hinreichenden Orchesterzwischenstücke, die wunderbaren Ariens, aber dazu auch die besonders gefangstänisch vorreffliche Aufführung und sicheren der Volksoper einen Erfolg, der auch andere Theater diesem Versuch zuführen sollte.

Poincarés Kritik am Papstbrief.

Paris, 7. Juli. (Havas.) Während der Debatte über das Schreiben des Papstes in der Kammer, ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort und sagte u. a., daß der Papst in seinem Schreiben an die Alliierten das Recht der Pfandnahme zu erkennen. Poincaré erinnerte weiter an das abschließliche Verbrechen gegen die belgischen Soldaten, das unmittelbar nach der Abfindung des päpstlichen Briefes verübt wurde. Diese Tat wurde von dem Papst nach Verdienst verurteilt. Meistens, fügte er hinzu, muß man trotz der Ehrwürdigkeit der Stelle, von der dieses Schreiben ausging, daran erinnern, daß sie keine Möglichkeit hat, in die innere oder äußere Politik Frankreichs einzugreifen. Es ist unrichtig, daß sich die Ansicht des Papstes dem Gesichtspunkte einiger unserer Alliierten nähert, aber nicht unsere Ansicht ist. Poincaré konstatierte ferner, daß das päpstliche Schreiben die Legitimität der Okkupation des Ruhrgebietes nicht bekräftigt und nur empfehle, ihre Härte zu mildern. Diese Ratschläge können allerdings keine wirksame Kraft haben, da der Papst in weltlichen Sachen keine Autorität besitzt. Poincaré erwiderte sodann den Rednern, die forderten, daß die Botschaft beim Vatikan aufgehoben werde. Die französische Regierung dachte niemals daran an eine solche unbearbeitete Maßnahme zu schreiben. Die Regierung hat Sonntag die Weisung erteilt, daß er beim Papste um nichts ersuche, was die Durchführung des Versailler Friedensvertrages betreffe, und daß er ihm um keine Intervention in der Angelegenheit der Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet ersuche. Der Papst handelte daher auf eigene Faust.

Wir fordern vor allem, daß Deutschland seinen Widerstand aufgibt, seine Verordnungen widerruft und öffentlich seinen guten Willen bekundet. Die Räumung des Ruhrgebietes hängt einzig und allein von den Zahlungen ab, die wir von Deutschland erhalten.

Der sozialistische Abg. Blum griff die von der französischen Regierung betriebene Politik gegenüber dem Vatikan an.

Der Kammer wurde eine Tagesordnung vorgelegt, in der konstatiert wurde, daß die Botschaft beim Vatikan infolge des päpstlichen Schreibens überflüssig ist. Poincaré erklärte aber, daß er nur auf die einfache von Loucheur begründete Tagesordnung eingehe, die sich mit der Erklärung Poincarés zufrieden gibt, der ausdrücklich sagte, daß er niemals eine Ingerenz des Papstes auf die innere oder auswärtige Politik Frankreichs gestatte. Diese einfache Tagesordnung wurde sodann mit 388 gegen 190 Stimmen angenommen.

Das Eisenbahnwesen im besetzten Gebiet.

Paris, 6. Juli. (Agence Havas.) An die Stelle von 180.000 deutschen Eisenbahnern sind 12.000 französische und belgische Eisenbahner getreten. Der Verkehr wird andauernd dichter. Gegenwärtig sind täglich 300 Personenzüge und 400 Güterzüge mit einer Leistung von 34.000 Zugkilometern im Verkehr. Trotz der deutschen Gegenmaßnahmen erreicht die Zahl der deutschen Passagiere 50.000 täglich.

Freilich, mein Genuß war geschmälert, Kopf, Ohr und Herz waren noch voll von den unermeßlichen Eindrücken der Bachwoche, nach denen man allerdings für Monate hinaus seinen größeren Eindruck mehr empfangen kann. Was wir alte Besucher der Bachfeste sagten, bestätigte sich auch mir: solch ein Fest ist ein Erlebnis fürs ganze Leben, man teilt das Jahr danach ein und man sagt es nicht, daß so wenig Menschen davon wissen, wo es gar nicht so schwer wäre, viel mehr dies erleben zu lassen.

Die acht Konzerte brachten Motetten und Kantaten, Orchester- und Orgelwerke, Kammermusik, Gefänge, Solistika und zuletzt die Hohe Messe in h-Moll. Wie jede große Kunst, ermüdet auch die von Bach nicht, sondern sie erhebt und verwandelt den Menschen und macht ihn begierig nach mehr und immer mehr. Und als schließlich das letzte und größte Konzert die h-Moll-Messe kam, da fühlte man sich jung und neu, als hätte man noch nichts erlebt und man wünschte, daß alles noch einmal beginnen möge. Noch einmal, noch einmal, — sagte man sich nach so vielen Herrlichkeiten, die man vielleicht nie wieder im Leben hören wird, da man ja von all dem, wie gesagt, nur ein Zweihundertstel zu spielen pflegt. Aber auch genug empfand man noch manchen Stücken, die so gewaltig sind, daß man kaum die Kraft hat, wie bei einem Genuß, der in Schmerz übergeht, mehr davon aufzunehmen. So ging es, man spürte das deutlich, dem ganzen Saal, als die edle weißhaarige Maria Philippi von der Orgel her vier Gefänge aus „Schemellis Gesangbuch“ vortrug, die kaum mehr Musik genannt werden können. In diesen Gefängen des Todes hört das Herz des Hörers selbst zu schlagen auf und wenn der Alt in der letzten Wiederholung des Liedes, das Bach an seine Frau gerichtet und auch selbst gebichtet hat, singt: Es drückt deine lieben Hände mir die getreuen Augen zu!, dann verneint man selbst die Augen schließen und sterben zu müssen.

Freilich ist Bach nicht immer so einfach wie in diesen Stücken, und in den schweren Orgelfügen, wie der ganz gewaltigen aus schwebenden

Das Attentat auf der Duisburger Brücke

Vorsprache des belgischen und französischen Botschafters im Auswärtigen Amt. — Ihre Forderungen und die Antwort des Reichsministers.

Berlin, 7. Juli. (Wolff.) Auslich wird mitgeteilt: Nach Abschluß der Unterredungen zwischen dem Reichskanzler und dem Apostolischen Nuntius über die Sabotageakte haben gestern abends der belgische und nach ihm der französische Botschafter im Auswärtigen Amt den Vorfall auf der Rheinbrücke bei Duisburg mündlich zur Sprache gebracht. Die Missionen haben als Auffassung ihrer Regierungen dargelegt, daß sich die Reichsregierung durch ihre Verordnung für den passiven Widerstand und durch ihre Weisendelegierungen für die aktivistischen Erscheinungen des Widerstandes verantwortlich gemacht hat. Aus diesem Grunde müßten die belgische und französische Regierung fordern, daß die Reichsregierung das Attentat auf der Duisburger Brücke mißbillige und alles unternehme, um die Täter zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Zum Beweis der Beteiligung von Deutschen hat der belgische Botschafter mitgeteilt, daß auf der Brücke Bruchstücke einer Explosivbombe gefunden worden seien.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat den beiden Vertretern im folgenden Sinne geantwortet: Der Vorfall bei Duisburg sei der deutschen Regierung bisher nur aus Zeitungsmeldungen bekannt. Ihre Versuche, sich ein klares Bild davon zu machen, seien gescheitert, was nicht zu verwundern sei, da die deutschen Lokalbehörden keinerlei Möglichkeit hätten, den Sachverhalt an Ort und Stelle nach zu prüfen. Selbst wenn an dem Vorfalle Deutsche beteiligt gewesen sein sollten, könne nicht zugegeben werden, daß die deutsche Regierung irgendeine Verantwortung dafür trage oder in irgend einer Weise zu derartigen Akten ermutigt hätte. Die von der deutschen Regierung nach Beginn der Ruhraktion erlassenen Verordnungen seien nicht die Ursache, sondern die Folge des spontanen, aus der Seele der Bevölkerung emporgewachsenen Widerstandes. Die Weisendelegierungen im Falle Schlageter seien eine durchaus natürliche und selbstverständliche Kundgebung, nachdem ein deutscher Mann von einem fremden Kriegsgericht, auf deutschem Po-

den, für eine wahrlich nicht aus christlichen Motiven ergangene Handlung widerrechtlich verurteilt und hingerichtet worden sei. Es steht außer Zweifel, daß seine Absicht nicht auf Bluttat, sondern darauf gerichtet gewesen war, den Befehlungsgruppen die unrechtmäßige Benutzung deutscher Verkehrsmittel unmöglich zu machen. Eine Umdeutung der Begriffe sei es, wenn Frankreich und Belgien sich für berechtigt hielten, Deutsche für den ungerechtfertigten Einmarsch in das Ruhrgebiet und für die Folgen des wahllosen Terrors der Befehlungsgruppen verantwortlich zu machen. Man dürfe nicht vergessen, daß, bevor irgend einem Belgier oder Franzosen im besetzten Gebiet ein Haar gekrümmt worden sei, bereits mehr als 20 Deutsche ihr Leben unter den Augen der Befehlungsgruppen eingebüßt haben. Ein Gewaltakt, wie er nach der belgischen und französischen Darstellung auf der Duisburger Brücke begangen worden sei, liege nicht in der Absicht und der Politik der deutschen Regierung, die nichts unterlassen werde, um die gereinigte Bevölkerung zum besonnenen Verhalten auf der Linie des passiven Widerstandes zu bewegen. Die Angabe, daß man am Ort der Tat Trümmer einer Bombe gefunden habe, könne keinesfalls genügen, um die deutsche Regierung von einer verbrecherischen Beteiligung Deutscher zu überzeugen. In diesem Zusammenhang muß z. B. daran erinnert werden, daß sich nach französischen Meldungen in der letzten Zeit wiederholt Fälle ereignet hätten, wo französische Soldaten von eigenen Kameraden beschossen worden seien. Was die deutsche Mitwirkung bei der weiteren Behandlung des Falles anbelangt, so wird sich die Reichsregierung dazu äußern, sobald ihr in konkreter und substantiierter Form das Ergebnis der bisherigen Untersuchungen vorliegen wird. Im übrigen sei zu bemerken, daß die deutsche Regierung in mehreren Fällen gefordert hat, den deutschen Behörden zur Untersuchung an Ort und Stelle Gelegenheit zu geben. Dieser Forderung sei niemals entgegengekommen. Ebenso wenig ist der deutschen Regierung auf den wiederholten Vorschlag, eine internationale Untersuchungskommission zur Feststellung des Tatbestandes einzusetzen, eine Antwort erteilt worden.

Der deutsche Reichstag gegen sozialistische Anträge.

Berlin, 6. Juli. (Wolff.) Im weiteren Verlauf der Sitzung des Reichstages führte Abg. Dr. Herz (Sozialdemokrat) aus, die vorerwähnten Anträge der Steuer-Verbrauchssteuern genüge nicht. Das Arbeitseinkommen werde in Deutschland schon bei einem so niedrigen Stande belastet, wo es in Amerika, England und anderen Staaten ganz steuerfrei sei. Deshalb seien die neuen Verbrauchssteuern für die Sozialdemokraten unannehmbar. Die Vertreter des Zentrums und der deutschen Volkspartei erklärten für ihre Parteien ihre Zustimmung zu den vom Finanzminister angebotenen Reformen. Die Verbrauchssteuer wurde ohne wesentliche Änderung in dritter Lesung angenommen. Bei der Festsetzung der Tagesordnung für heute beantragte Abg. Müller-Frank (Sozialdemokrat) als ersten Punkt auf die

Tagesordnung die Aussprache über die politische Lage zu setzen. Seine Partei wolle die gegenwärtig mit auswärtigen Mächten oder dem heiligen Stuhle schwebenden Verhandlungen nicht hören, sondern im Gegenteil der äußeren Politik von der inneren Seite her zuzuhilfen kommen. Abg. Stresemann (Deutsche Volkspartei) erklärte im Namen der Arbeitsgemeinschaft und der bayerischen Volkspartei gegen diesen Antrag. Es sei ganz klar, daß für die Sabotageakte im besetzten Gebiete, die Gewaltpolitik der Franzosen als intellektueller Urheber bezeichnet werden müsse. Die Regierung habe mit den Paritätisten verhandelt und sie wird ihre Kundgebung in feierlicherer Form erlassen, als es im Ruhrgebiet geschehen konnte. Da müsse aber jedes Wort abgewogen und deshalb müsse der Abschluß der Verhandlungen abgewartet werden. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Die Frage des Schutzes der Währung und der wertbeständigen Löhne.

Berlin, 7. Juli. (Eigenbericht.) In der achtstündigen Schlußsitzung des Reichstages wurden die sozialdemokratischen Anträge über den Schutz der deutschen Währung und den Schutz des wertbeständigen Lohnes verhandelt. Der Währungsantrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten dem Rechtsausschusse überwiesen. Ein Zentrumsantrag, daß der Reichsarbeitsminister bei Abschluß von Tarifverträgen in Privatbetrieben die Anpassung der Löhne an die Geldwertveränderung fördern solle, wurde angenommen.

Der sozialdemokratische Lehnantrag wurde der Regierung zur weiteren Verhandlung mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen überwiesen. Der Teil des Antrages, wonach Staatsaufträge nur mit Firmen, die wertbeständige Löhne haben, abgeschlossen werden sollen, wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Der Reichstag vertagte sich hierauf, wobei der Präsident die Ermächtigung erhielt, die nächste Sitzung selbst zu bestimmen, da bei der jetzigen Lage die Ferien kaum bis Mitte Oktober dauern können.

Der deutsche Reichsindex.

Berlin, 6. Juli. (Wolff.) Nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes ist der Großhandelspreis von dem 8170-fachen des Friedensstandes im Durchschnitt heute auf das 19.385-fache oder um 137 Prozent im Durchschnitt Juni emporgeschossen. Anfang Juli erreichte mit dem Stichtage des 3. Juli die Gesamtindexziffer der Großhandelspreise das 83.828-fache des Friedensstandes. Davon sind die Einfuhrwaren von dem 35.410-fachen auf das 47.714-fache gestiegen, die Lebensmittel von dem 18.730-fachen auf das 29.597-fache.

Danzig vor dem Völkerrundrat.

Genf, 7. Juli. Der Völkerrundrat schloß heute in öffentlicher Sitzung die große Danziger polnische Debatte vom Mittwoch ab, indem er die inzwischenden vom spanischen Berichterstatter Quiñones de Leon ausgearbeiteten Vorschläge genehmigte, die auf die Ablehnung der polnischen Forderungen hinausgehen und im allgemeinen der vom Völkerrundratskommissar und der freien Stadt Danzig vertretenen Auffassung vollkommen gerecht werden. So setzt sich der Rat über die polnischen Forderungen nach Revision der gesamten Beziehungen zwischen Danzig und Polen in einer grundsätzlichen Erklärung hinweg, in der er feststellt, daß er entschlossen sei, die Rechte Polens der freien Stadt Danzig gegenüber aus dem Vertrag zu wahren, wobei jedoch die Satzungen der freien Stadt Danzig unangetastet bleiben müssen.

Der Erhardt-Projekt.

Berlin, 7. Juli (Eigenbericht.) Nach den bisherigen Dispositionen im Erhardt-Projekt ist damit zu rechnen, daß die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ungefähr zehn Tage dauern und am 23. Juli beginnen werde. Die Anklage gegen Erhardt wird wegen Teilnahme am Rapp-Putsch und wegen falscher eidesstattlicher Aussage erhoben. Daneben sind noch eine Prinzessin Sobenzollern, ein Leutnant und ein Professor wegen Begünstigung angeklagt. Es dürften ungefähr 100 Zeugen vorgeladen werden.

Der Kampf gegen die kroatischen Autonomisten.

Rom, 7. Juli. Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat der Ministerrat beschlossen, jede weitere Tätigkeit der internationalistischen Organisationen zu verbieten und mit den schärfsten Maßnahmen gegen das Waffentragen vorzugehen. Der Präsekt von Avram hat telegraphisch den Auftrag erhalten, die Organisation des Abgeordneten Radic und alle ihm nachstehenden Organisationen in Kroatien und Slavonien aufzulösen.

Der Bund der Sowjetrepubliken.

Moskau, 7. Juli. (AP.) Der Zentraler Exekutivkomitee des Bundes der Sowjetrepubliken nahm in einer einzigen Sitzung der zweiten Tagung einstimmig die Verfassung des Bundes an und beschloß, sie sofort in Gültigkeit treten zu lassen.

Die einstimmige Wahl Lenins zum Präsidenten des Rates der Volkskommissare des Bundes der Sowjetrepubliken vollzog sich unter gewaltigen Ovationen für ihn. Als Vertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare wurden Kameniew, Curjupa, Cubar, die beiden letzten Ukrainer und Trotschinski (Genfinten) gewählt.

Der Rat der Volkskommissare des Bundes wählte einstimmig Tschischikow für auswärtige Angelegenheiten, Trotski für Meer und Flotte, Krassin für Außenhandel, Tschernysch für Straßen und Kommunikationen, Zinnow für die Post, Kuschew für die häusliche Arbeiteraufsicht, Schmidt für die Arbeiter, Brjuchan für die Volkswirtschaft, Solowjow für die Finanzen und Rykow als Vorsitzenden des obersten Wirtschaftsrates.

Zwecks Bekämpfung der wirtschaftlichen Wiederaufrüstung und der Sicherung der Nationalverteidigung wurde beschlossen, die Räte für Arbeit und Nationalverteidigung der russischen sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik in ein einziges Organ zu verwandeln. Außerdem ist der Zentraler Exekutivkomitee damit betraut, nach seinem Ermessen die Umbildung der Staatsbank der staatlichen banklischen Abteilung und des obersten Gerichtes durchzuführen. Morgen findet die Schlußsitzung der zweiten Tagung des russischen Zentraler Exekutivkomitees statt, in der der Rat der Volkskommissare gewählt werden wird.

Neubelebung der Lausanner Konferenz.

Lausanne, 7. Juli. (Wolff.) Die Instruktionen der alliierten Kabinette sind in der letzten Nacht eingetroffen. Die alliierten Delegierten hielten daraufhin heute vormittags eine gemeinsame Besprechung mit ihren Sachverständigen ab, in der sie beschlossen, die türkischen Delegierten auf heute nachmittags drei Uhr zu einer offiziellen Sitzung einzuladen.

Eisenbahnunglück in Berlin.

Berlin, 7. Juli. (Wolff.) Heute nachmittags stießen auf einer Station im Vorort Schöneberg zwei Ringbahnzüge mit einer solchen Gewalt zusammen, daß eine Lokomotive und 5 Waggons aus den Schienen geworfen und stark beschädigt wurden. Von den Passagieren der beiden Züge wurden 63 Personen verletzt, 3 davon schwer.

Tages-Neuigkeiten.

Die sittlich-religiöse Erziehung.

Eine wegen Noheit disziplinierte Hochwürden.

Vor einigen Tagen berichteten wir, daß der Religionslehrer Vater Friedrich Reindl in Neufeld den Waisenknaben Emil Schramel in ganz unmenslicher Weise geprügelt habe, und zwar deswegen, weil angeblich dieser Knabe vor der Kommunion etwas gegessen haben soll. Nun hat der Bezirksschulsausschuß von Elbogen in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, den sauberen Pfaffen in Disziplinäruntersuchung zu ziehen und ihn außerdem vom Religionsunterricht an der Schule zu suspendieren, bis diese Angelegenheit gerichtlich ausgetragen ist. Ebenso wurde die Disziplinäruntersuchung gegen den Lehrer Mörkl beschloffen, da sich der Bezirksschulsausschuß auf den Standpunkt stellt, daß auch der Lehrer seine Pflicht verletzt hat, indem er es zuließ, daß ein Kind seiner Klasse, während er selbst Unterricht erteilte, von einer Person, die während des Unterrichtes in dieser Klasse nichts zu suchen hatte, mißhandelt wurde. Die Saltung des Bezirksschulsausschusses Elbogen in dieser Angelegenheit löste allgemeine Befriedigung in der breiten Öffentlichkeit aus.

Noch ein Prügelpfaffe.

Nette Zustände herrschen auch bei dem Religionsunterricht in Frankstadt in Schlesien. Der Kaplan Ignaz Skopal, der sehr oft betrunken in die Schule kommt, sucht den Kindern die christliche Nächstenliebe mit dem Stocke einzubläuen. Die Eltern der geprügelten Kinder haben sich schon an den Vorgesetzten des Städtchens mit dem Ersuchen gewendet, doch endlich einmal diesen Rohling in die Schranken zu weisen. Da der Pfarrer aber nicht den Willen zeigte, dem Prügel-Pfaffen das Handwerk zu legen, hat sich der Ortsschulrat mit dieser Angelegenheit beschäftigt und nun den Beschluß gefaßt, die Anzeige an den Bezirksschulrat zu erstatten.

Ein christlichsozialer Mädchenschänder.

Im zwanzigsten Wiener Gemeindebezirk macht die Aufdeckung von schweren sittlichen Verfehlungen, die sich der Oberlehrer Leopold Langer an zahlreichen Schulmädchen zuschulden kommen ließ, großes Aufsehen. Langer ist eine hervorragende Stütze der Christlichsozialen Ortschule und Fürsorgeamt und gehört dem Vorstand des Fürsorgeinstitutes an. Dieser Vorkämpfer der Religiosität hat nun zahlreiche Schülerinnen der vierten und fünften Klasse so wohl während der Unterrichtszeit als auch außerhalb dieser in seine Direktionskanzlei kommen lassen und hier unzüchtige Angriffe auf diese Mädchen ausgeführt. Mit den Verbrechen dürfte er schon vor langem begonnen haben, da er auch Mädchen, die jetzt schon die Bürgerschule besuchen und ihm darum als zuständigen sittlich-religiösen Erzieher entrückt sind, noch immer zu sich in die Kanzlei beschiedet hat. Da der sittlich verkommenen Mensch ein guter Christ und ein guter Merkaler ist, hat er es sich zur Aufgabe gemacht, die Kinder, die bei den Kinderfreunden sind, zu verlocken und vor den anderen zu beschimpfen, er hat sie als moralisch verkommen bezeichnet! Daß er natürlich die sozialdemokratischen Ueberträte mit allen Mitteln bekämpfte, kann nicht wundernehmen. Er hatte doch eine andere Methode, die Kinder sittlich zu erziehen. Nun ist gegen den Verbrecher die Strafanzeige erstattet worden.

Wo ist das größte Gefindel zu finden? Würden wir die Frage aufwerfen, in welcher politischen Partei das größte Gefindel sich zusammenfindet, und würden die sozialdemokratischen Arbeiter darauf antworten: bei den Gelben, bei den Hiltlerleuten, bei den Hakenkreuzlern — so wäre das sicherlich die einzig richtige Antwort, die Gelben aber würden sich durch diese Entscheidung in ihrer „Ehre“ sehr gekränkt fühlen. Nun will es aber ein ergötzlicher Witz der Geschichte, daß unter dem Druck der letzten Ereignisse ein Führer der Gelben selbst zu dieser Feststellung kommt und daß sie im — Duxer „Tag“ schwarz auf weiß zu lesen ist. Und das kam so: die Untersuchung des Wortes, den der Wiener Hakenkreuzler Novosot an dem Hakenkreuzler Karger beging, hat zur Aufdeckung der nationalsozialistischen Mordorganisation „Kameradschaftsbund Schlageter“ geführt. Diesen Strich durch die Rechnung empfanden die Hakenkreuzler nicht nur Wien, sondern auch hierzulande natürlich sehr unangenehm und sie haßten sich zunächst damit, daß sie die ganze Affäre totschwiegen. Erst als Herr Walter Nischl, der Führer der deutschösterreichischen Nationalsozialisten, notgedrungen das Wort ergriß — nämlich dem Wiener Polizeipräsidenten gegenüber — fand der „Tag“ die Sprache wieder und veröffentlichte die „amtlichen“ Erklärungen Nischls. Dem „Tag“ wäre wohl, hätte er dies nicht getan. Nischl erzählt nämlich, der „unreife Wirtkopf“ Novosot, sei schon lange vor der Mordtat, wegen seines fahrlässigen Wesens und wegen seiner dunklen Vergangenheit aus der nationalsozialistischen Ordnergruppe ausgeschlossen, außerdem seien noch einige andere Leute vom Schlage Novosots aus diesen famosen Ordnergruppe entfernt worden. Daß aber dort eine solche Banane beigemessen ist, erklärt Herr Nischl folgendermaßen:

„Bei der steten Zunahme der Mitgliederzahl unserer Organisation ist es kein Wunder, wenn

sich unter den Weizen auch Spreu mischt, zumal es unseren Gegnern ein Vergnügen bereitet, uns oft das größte Gefindel an den Hals zu schinden. Wir müssen daher von Zeit zu Zeit immer Reinigungsarbeiten vornehmen.“

Also Herr Nischl gesteht selber zu — und er muß es doch wissen — daß sich das größte Gefindel den Nationalsozialisten zugesellt. Nur daß die Gegner (lies: Sozialdemokraten) den Gelben das Gefindel nicht „schinden“; es ist vielmehr so, daß sich der Abschaum und Abhub, für den in unseren Organisationen kein Platz ist, von diesen Hakenkreuz- und Schlageterhelden angezogen fühlt. Das Gefindel weicht eben, wohin es gehört. Eine nette Partei das, die mit den „Reinigungsarbeiten“ nie fertig wird — weil sie eben nie fertig werden kann. Denn die Novosots bilden einen ihrer wesentlichen Bestandteile. Und wirklich „gereinigt“ wird diese Partei nicht von den Novosots, sondern höchstens von den Kargers, die die verbrecherischen Pläne der Hiltlerianer ausplaudern. Karger wurde vom „Schlageter“-Band „zum Tode verurteilt“ und das Gefindel, Novosot und Konforten, spielte den Hiltler. — Die Feststellung Nischls ist wertvoll, denn nunmehr wird es den Gelben schwer fallen zu leugnen, daß ihre Partei das größte Gefindel beherbergt.

Die Presse der Schmaroher. Der Brünner „Tagesbote“ erwarb sich gestern ein bleibendes Verdienst um seine aufklärungshungrigen Leser, indem er sie durch folgende Notiz darüber informierte, was jezt „verboten“, „verpönt“ oder „erlaubt“ ist:

Was der elegante Herr jezt trägt. Zeit das Jackett der Herren mit einer vorderen Brusttasche ausgefattet ist, will es die Mode, daß aus dieser ein Taschentuch herausragt. Bisher waren für diese Taschentücher alle Farben erlaubt. Heute aber ist, wie die englische Zeitschrift Snob ausführt, das farbige Taschentuch streng verpönt und mit ihm gleichzeitig das seidenes Taschentuch in der Brusttasche zu tragen, verrät den Provinzialen. Das Taschentuch des Kavalliers, der auf der Höhe der Zeit steht, soll aus reinem hellen Leinen sein und darf nur mit einem Zipfel aus der Tasche hervorragen. Allerhöchstens ist es erlaubt, auf diesem Zipfel eine farbige Ramenschnur anzubringen. Als Hut trägt man einen weichen, runden Hut, am Nachmittag zu einem dunkleren Anzug. Was den Schuh anbetrifft, so bleibt der nach dem Morgenschuh gearbeitete Halbschuh in Mode mit niedrigen, der Sohle gleichlaufenden Absätzen. Die Farbe soll in dunklen Tönen gehalten sein. Dazu trägt der Kavallier einen Stock aus Kastanienholz oder aus Bambus. Der goldene Stockknopf ist verpönt. Wenn der Herr überhaupt eine metallische Zierrat erhalten soll, so muß diese unbedingt aus Platin bestehen. Zu dem Stock trägt man ein paar helle Handschuhe aus leichtem Antilopenleder.

Unbedingt aus Platin! Habt ihr es gehört? Besize dem „Kavallier“, der einen goldenen Stockknopf oder gar noch ein seidenes Brusttaschentuch trägt. Die Folgen wären unübersehbar ... Modelächer, Morgenschuh, Nachmittagsanzüge und Stockknöpfe — das sind die Sorgen der „Auserwählten“ in einer Gesellschaftsordnung, die die Hunderttausenden an Arbeitslosigkeit, Hunger, Krankheit und Elend zugrundegehen läßt. Mit breitem Behagen berichtet die bürgerliche Presse über die neuesten Erruachenschaften der Mode zu einer Zeit, da die Arbeiter, die Tücher, Schuhe und Handschuhe aus Antilopenleder für die Schmaroher erzeugen, vor Not Selbstmord begehen oder Hungers sterben. Verliucht diese Gesellschaft, verdammt diese Presse schließlich auch jene Proletarier, die diese Schmaroher-Presse lesen und bezahlen.

Ein Journalist öffentlich gebrandmarkt. Im „Oesterreichischen Volkswirt“ geben dessen Herausgeber eine Erklärung, betitelt „Das Schandblatt“, ab, in der sie den Herausgeber der „Börse“ und der mit ausländischem Gelde subventionierten „Stunde“, Imre Bölesly, wie folgt charakterisieren:

1. Imre Bölesly ist jezt jeder ein politisch schamloses, charakterloses Subjekt.
 2. Imre Bölesly ist ein Lügner und Schwindler, der erfundene falsche Nachrichten verbreitet, die nur der Befriedigung persönlicher Nachsicht oder der persönlichen Bereicherung dienen können.
 3. Imre Bölesly ist ein künstlicher Journalist, der Bezahlung fordert und nimmt für die Verbreitung von reaktionellen Nachrichten und Artikeln, die Wertpapieren antreiben oder sonst geschäftliche und persönliche Interessen seiner Auftraggeber fördern sollen.
 4. Wir sind bereit, für all dies den Wahheitsbeweis vor Gericht anzutreten.
- Inzwischen werden wir natürlich uns mit einem Individuum dieser Gattung in keine journalistische Auseinandersetzung einlassen, bevor er nicht vor Gericht die Charakterisierung widerlegt hat, die ihm hier zuteil geworden ist. Bis dahin erklären wir jedermann in öffentlicher Stellung, der sich dem Schandblatt für reaktionelle Zwecke künstlich zur Verfügung stellt, an dem verbrecherischen Treiben dieses Menschen für mitschuldig.

Nach dieser Erklärung ist Imre Bölesly mehr als der typische Vertreter der bürgerlichen Journalle: er ist ihr unmaßendstes Spiegelbild und gewissermaßen ihr Repräsentant. Dafür zeugt seine ungläubliche moralische Verkommenheit.

Unertzöglich Verhältnisse bei der Postzustellung. Wie der „Nordböhmische Volksbote“ meldet, erhielt dessen Redaktion seit 1. Juli keine ausländische Zeitungen mehr zugeleitet, obzwar

diese rechtzeitig am Postschalter in Bodenbach bestellt und in tschechoslowakischem Gelde bezahlt wurden. Die Redaktion reklamierte beim Bodenbacher Postamt wegen des Ausbleibens der ausländischen Blätter; daraufhin wurde ihr erklärt, daß in diesem Monat überhaupt noch keine ausländischen Zeitungen eingelangt sind. Die Bestellung der ausländischen Zeitungen geschieht nämlich seit einiger Zeit durch eine Zentralstelle, welche sich in Teplitz befindet. In diese Zentralstelle werden alle bei den verschiedenen Postämtern erfolgten Zeitungsbestellungen geleitet. Am Bodenbacher Postamt erklärte man nun dem „Volksboten“, daß über das Ausbleiben erst nach Teplitz berichtet werden müsse und daß noch einige Tage bis zur Erledigung der Angelegenheit verstreichen können. Diese Verhältnisse bei der Zustellung ausländischer Zeitungen sind natürlich unhaltbar, da jede Zeitung ein eminentes Interesse daran hat, daß ihr alle von ihr bestellten Zeitungen sofort zugestellt werden. Wenn bei der „Zentralstelle“ in Teplitz Schlampelei herrscht, stellt dies den bei unseren Postbehörden gehandhabten Arbeitsmethoden kein besonders gutes Zeugnis aus und es wäre hoch an der Zeit, wenn sich das Postministerium um die Zustände bei dieser „Zentrale“ endlich kümmern würde. Sollen die Abnehmer ausländischer Zeitungen vielleicht diese Zeitungen am Erscheinungsorte selbst abholen? Diese, allerdings teure Praxis, würde jedenfalls nicht so viel Zeit einnehmen, wie die „eilige“ Zustellung der Zeitungen durch unsere Postbehörden.

Unfreiwilliger Humor. Die „Karodni Bisty“ teilen mit, daß ein Prager Kaufmann auf seinem Geschäft in der unteren Neustadt folgende Ankündigung aushängte: „Anlässlich der Verbrennung des Huses heute gesperrt.“ — In einigen Prager Blättern erschien gestern ein Inserat, welches wie folgt endet: „Bitte, wenden Sie sich.“ Wohin und wie man sich wenden soll, stand leider nicht zu lesen.

Begnädigung eines Mörders. Wie die Abendblätter melden, wurde der ehemalige Portier des Prager Repräsentationshauses Petříček, der wegen Ermordung seiner Geliebten bei Jirna von den Prager Geschworenen zum Tode verurteilt wurde, begnadigt; seine Todesstrafe wurde in lebenslänglichen Kerker umgewandelt.

Tod durch Starkstrom. Wie aus Brüz gemeldet wird, kam der dort bei einem Transformator des „Johann“-Schachtes beschäftigte Elektromonteur Josef Erler aus Oberleutensdorf während der Arbeit mit der Starkstromleitung in Berührung und wurde auf der Stelle getötet.

Mordveruch. Auf einem Felde bei Peterswalde in der Nähe von Freiberg geriet der 43jährige Landarbeiter Pala mit dem 15jährigen Dienstmädchen Ludmila Dominil in Streit. Während der Auseinandersetzung begann Pala mit einer Sense gegen das Mädchen loszuschlagen. Als Nachbarn herbeigeeilt kamen, fanden sie das Mädchen bereits am Boden liegend bewußlos vor. Pala hatte ihr eine schwere Schnittwunde am Halse beigebracht. Bei seiner Einvernahme gab er an, daß er das Mädchen ermorden wollte, weil sie in der Gemeinde das Gerücht verbreitet hätte, daß er mit Tieren Unzucht treibe. Die Schwerverletzte wurde ins Ostrauer Krankenhaus, Pala dem Strafgerichte eingeliefert.

Der Doppelraubmord bei Ronih. In Malen bei Ronih in Mähren wurden, wie wir berichteten, vor einigen Tagen der 59jährige Müller Heinrich Paluja und seine 62jährige Wirtshalterin Franziska Patel in ihrer Mühle von unbekannten Räubern überfallen und ermordet. Die Mühle wurde ausgeraubt. Der Gendarmen gelang es nun, in einem Walde in der Bostkowitz Gegend zwei junge Burken festzunehmen, deren Kleidung zahlreiche Blutspuren aufwies. Es sind dies der Franz Bazilides aus Holik und der Josef Dolanik aus der Slowakei. Beide leugnen bis jezt hartnäckig, den Mord in der Mühle verübt zu haben.

Wieder ein Flugunfall. Bei einer Probefahrt auf dem Vainorez Flugfelde ist, wie aus Preßburg gemeldet wird, das vom Kapitän Kala geleitete Flugzeug verunglückt. Bei der Landung des Flugzeuges plagte die Gummistruhe, so daß das Flugzeug umschlenkte und vollständig zertrümmert wurde. Der Lenker des Flugzeuges wurde v...

Es geht im Ackerbauministerium vor? Gestern früh wurde in der Bibliothek des Ackerbauministeriums die Beamtin Marie K. erhängt aufgefunden. Es handelt sich um einen Selbstmord, der bereits am Donnerstag nachmittags begangen wurde. Zu dieser Meldung schreibt das gestrige Abendblatt des „Ceske Slovo“, daß bei der Aufklärung dieser Selbstmordaffäre jedenfalls auch die im Ackerbauministerium herrschenden Verhältnisse aufgeklärt werden.

Gute Getreidernte in Italien. Wie aus Rom gemeldet wird, kann man nach den letzten statistischen Aufzeichnungen im Jahre 1923 in allen italienischen Provinzen eine erhöhte Getreidernte erwarten, die in der Provinz Teramo bis 88 Prozent steigen wird. Die Ernte wird ungefähr um 25 Prozent besser sein als die des Vorjahres.

Die Rinsende. Die Zahl der Rins in Böhmen beträgt 473 (in Prag 82), in Mähren 180, in Schlesien 31, in der Slowakei 105, in Karpathoruhland acht, zusammen 832 mit 292.084 Sigen.

Reuerungen bei der Prager Elektrischen. Wie das Organ der Prager Straßenbahn „Jednota“ mitteilt, soll die bereits früher angekündigte Nummerierung und die Verlegung der Straßenbahnstrecken bereits am 15. Juli in Kraft treten. Außerdem soll zwecks besserer Orientierung des Publikums die Nummer des Wagens, die bisher in der Mitte oberhalb des Daches der vorderen Plattform angebracht war, auf die linke Ecke verlegt und gleichzeitig die Fahrtrichtung des Wagens angedeutet werden. Die Orientierungstafeln an der vorderen Plattform werden beseitigt und dafür an beiden Seitenwänden an-

gebracht. An den Seiten werden auch alle wichtigen Straßen und Plätze angegeben sein, durch welche der Wagen fährt. Ebenso sollen in kürzester Zeit neue Fahrkarten eingeführt werden. Bisher wurden jährlich mehr als Hundert Millionen Fahrkarten verbraucht. Die neuen Karten werden größeres Format haben und die Bezeichnung der Strecke, Serie, Datum, Zone und Stunde führen.

Brieftaubenzustellung auf der Strecke Brünn-Raschau. Der Verein der Brieftaubenzüchter in Mähren veranstaltet heute auf der 350 Kilometer langen Strecke Brünn-Raschau eine Brieftaubenzonturren. Das Nationalverteidigungsministerium hat für eine Schnelligkeit von 750 Metern pro Minute einige Preise von je 700 K ausgesetzt.

Gerichtssaal.

Verufung im Sopalprozeß.

Prog. 7. Juli. Der Vater des zu 18 Jahren schweren Kerker verurteilten Attentäters gegen Dr. Kassin, der Arbeiter in den Steinbrüchen bei Deuß-Prod, Johann Sopal, hat durch den Verteidiger des Verurteilten Dr. Bieha gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes Verufung eingelegt. Diese Verufung geht wieder an den Staatsgerichtshof, der in einigen Tagen über die Verufung entscheiden wird. Dem Verurteilten wird, da sein Vater für ihn als Minderjähriger die Verufung eingelegt hat, die inzwischen abgeübte Haft eingerechnet. Sopal wird, wie die tschechischen Blätter melden, nach der Austragung der Beschwärden deren Verurteilung voraussehen ist, in die Strafanstalt nach Märan in Mähren gebracht werden.

Ein unerquidlicher Schwesternzwill.

Prog. 7. Juli. Vor einem Prager Bezirksgerichte erschienen zwei Frauen, Barbara M. und Hedwig M. Beide klagten wegen Ehrenbeleidigung, beide waren unversöhnlich und wollten noch vor dem Richter gegeneinander losfahren. Doch der Richter wies sie energisch zur Ruhe und fragte zuerst Barbara M.: „Hedwig M. hat sie beleidigt?“ Barbara M.: „Sie hat mich eine ... eine Dirne genannt.“ Hedwig M.: „Bist du auch, du käufliches Ding du!“

Richter: „Hedwig M. schweigen Sie hier! Nun erzählen Sie weiter, Barbara M., wann, wo und in welchem Zusammenhang sie beleidigt wurden.“

Barbara M.: „Bei uns wohnt ein Tischler als Zimmerherr.“

Richter: „Bei uns? Wohnen Sie denn mit Hedwig M. zusammen?“

Barbara M.: „Sie ist doch meine Schwester, leider Gottes. Und wohnt schon 15 Jahre mit mir.“

Richter: „Haben Sie sich nicht schon mit ihr auch früher herumgestritten?“

Barbara M.: „Einmal hat sie mich eine Sau genannt, da hab' ich ihr eine Ohrfeige gegeben. Dann habe ich ihr noch etwas gesagt und sie ist mich klagend gegangen, das Bieft, das verfluchte, diese Person, die ich ...“

Richter: „Wenn Sie hier so weiter schimpfen, dann entziehe ich Ihnen das Wort.“

Barbara M.: „Das möcht' ich Hedwig so lassen, wenn ich hier nichts reden dürft'. Doch ich sag' es ihr auch hier, daß sie auch ein käufliches ...“

Richter: „Ich bin mit Ihnen vorberhand fertig, jezt schweigen Sie, bis ich Sie frage. Und was haben Sie vorzubringen, Hedwig M.?“

Hedwig M.: „Herr Richter, ich werde nicht schimpfen, Sie brauchen keine Angst zu haben. Die Freude werde ich der Barbara nicht machen, der Dirne, der schäßigen ...“

Richter: „Aber verzeihen Sie mir ...“

Hedwig M.: „Ich wollte nicht schimpfen, Herr Richter, es ist bei mir nur so die Gewohnheit. Wo wissen Sie, Herr Richter, mit dem Zimmerherrn war das so. Der Pepik H. — das ist er nämlich — ist schon ein ziemlich alter Mann, ich glaube er ist 62 Jahre. Ja, ja, zu Ostern waren es 62 Jahre. Und diesen alten ... wie soll ich das sagen, ... diesen alten ... Mann wollte die Barbara noch heiraten ...“

Barbara M.: „Lügnerin, du wolltest ihn selbst heiraten.“

Hedwig M. (bevor noch der Richter etwas sagen kann): „Also sehen Sie, Herr Richter! Und weil ich dem Pepik immer das Brot hole vom Bäcker, hat mich die Barbara eine S... genannt.“

Richter: „Einen Moment! Ich glaube, daß Sie das Wort „Dirne“ gebraucht haben?“

Hedwig M.: „Ich weiß nicht mehr, wer es zuerst gesagt hat, aber sicher ist, daß sie den Ausdruck gebraucht hat. Sie hat mich beleidigt.“

Barbara M.: „Du mich auch! Herr Richter ...“

So ging das über eine Stunde. Das halbe Gericht lief zusammen, um sich den Kampf der feindseligen Schwestern mit anzuhören. Zum Schluß kam es aber doch zum Ausgleich. Und da nichts Wandelbarer ist als eine Frauenseele, so verließen beide Arm in Arm den Gerichtssaal. Und fluchten und schimpften von neuem — diesmal nicht aufeinander, sondern auf die Advokaten, denen sie jezt die Rechnungen bezahlen mußten.

„Ist das ein Leben“, meinte nach Schluß der Verhandlung der Richter, der sich ganz heiser gesprochen hatte. „Fünf Ehrenbeleidigungsfälle in einem Vormittag, und dabei lauter Weiber. Es ist zum Berrückwerden! Herr Rechtspraktikant, rufen Sie vor, Frau Amalia ...“

Verurteilte Wanddirektoren.

Ropenhagen, 7. Juli. In dem Gerichtsverfahren gegen die Mitglieder der Direkt'on der Wandmannbank wurde heute das Urteil gefällt. Direktor Prior wurde zu einer Geldstrafe von 500 Kronen, der Leiter des staatlichen Vormundschaftswesens Friis zu einer Geldstrafe von 600 Kronen verurteilt.

Wirtschaft und Sozialpolitik

Vertragsabschluss in der Textilindustrie für das Gebiet Reichenberg und Umgebung. Nach mehrjährigen Verhandlungen gelang es, die wischen den Unternehmern und der Union der Textilarbeiter gepflogenen Vertragsverhandlungen zum Abschluss zu bringen, wobei als Erfolg zu buchen ist, daß die verhandelten Verschlechterungen des früheren Vertrages zum größten Teile abgewehrt wurden. Einen der schwierigsten Verhandlungspunkte bildete die Urlaubsfrage, doch auch hier war es möglich, den Widerstand der Unternehmer zu brechen. Während die Unternehmer den Urlaub nur in der Höhe der im Durchschnitt auf eine Woche entfallenden tatsächlichen Arbeitszeit gewähren wollten, gelang es den Arbeitervertretern, durchzusetzen, daß die Arbeiter mit 75-200 Arbeitstagen vier Tage, die mit 200 Arbeitstagen im Jahre sechs Tage bezahlten Urlaub erhalten. In einer Reihe von Betriebsversammlungen unterbreiteten die Vertrauensmänner der Union der Textilarbeiter ihren Mitglidern das getroffene Uebereinkommen und nach eingehenden Berichten wurde überall der Union die Vollmacht zur Unterfertigung des Vertrages erteilt. Es ist zu wünschen, daß die Textilarbeiter das zähe Ringen ihrer Vertrauenspersonen und der Organisationsvertreter zu würdigen weiß und darnach trachtet, daß sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen wieder der Organisation anschließen, damit diese noch schlagkräftiger werde.

Was ein Generalversammlungsbericht zu erzählen weiß. Wenn jemand noch so naiv wäre, zu glauben, daß die wirtschaftliche Krise von der die meisten Industrien unseres Staates betroffen sind, auf alle in ihnen Tätigen im gleichen Maße zermürbend wirkt, dem sei die Lektüre des volkswirtschaftlichen Teiles der Kapitalistenpresse wärmstens empfohlen. Er würde täglich von neuem feststellen können, daß auch in den Zeitaltern der Krisen die Goldquellen der Unternehmerrgewinne nicht versiegen. Unsere Textilindustrie ächzt und stöhnt unter den Folgen einer langen und furchtbar schweren Geschäftslosigkeit. Viele Hundert Textilbetriebe stehen vollständig oder sind bereits durch lange Zeit auf Kurzarbeit eingestellt, das Bild erschütternder Trostlosigkeit bieten große Landesstriche mit ihrem zum Stillstand verurteilten Textilfabriken, mit ihren großen Armeen tausender zur Arbeitslosigkeit verdammt Proletariat. Und dennoch sind Textilunternehmungen zu verzeichnen, die, obwohl von der Wirtschaftskrise betroffen, über geradezu herrliche Reinerträge zu berichten wissen. Hier gleich ein Beispiel. Die Textilwerke Johann Heinrich u. Sohn veranstalteten Donnerstag ihr Erntefest. Der Generalversammlungsbericht wurde ein Geschäftsbericht vorgelegt, in dem ausgeführt wird, daß das Unternehmen, „trotz der herrschenden Wirtschaftskrise und des hohen Kursstandes der tschechischen Krone, der den Export fast vollständig unmöglich macht, einen namhaften Reingewinn ausweisen könne. Unter der Krise hatte die Firma 1.6.1923 u. 1.6.1924 sich sehr zu leiden und erlitt die bedeutende Verluste durch Insolvenzen der Kunden sowie durch den rapiden Preissturz.“ Trotz alledem beträgt der Reingewinn für das abgelaufene Geschäftsjahr 1.979.770 Kronen, also fast zwei Millionen Kronen! Die Generalversammlung beschloß eine 12 prozentige Dividende, das sind 48 Kronen, auszuschütten. An Verwaltungsratsmitgliedern kommen 128.078 Kronen an elf Verwaltungsratsmitglieder, unter denen im Ausweis des letzten „Kompas“ noch die klangvollen Namen der Oberdirektoren der Zivobanka und der Prager Kreditbank Dr. Preis und Tuma, ferner des Ing. Bednan Becka und des Agrars Frant. Udrzal hervorleuchten, zur Ver-

teilerung. Der Bericht bezeichnet die Geschäftsaussichten für das Jahr 1923 als nicht schlecht, „doch mühten auch die maßgebenden Kreise neben der unbedingt notwendigen Stabilisierung der Valuta auch für die Herabsetzung der Kohlenpreise, der Eisenbahntarife und der außerordentlich hohen Steuerlasten sorgen“. Wir bemerken, daß dieser Satz in dem Generalversammlungsbericht dieser Aktiengesellschaft enthalten ist, in deren Verwaltungsrat — laut „Kompas“ — die drei genannten hervorragenden Bankleute, Politiker und Militaristen sichtlich keine untergeordnete Rolle gespielt haben. Es darf doch wohl als sicher angenommen werden, daß die Herren Becka und Udrzal bei Antritt ihrer Ministerposten auf ihre vielfache Verwaltungsratsfähigkeit verzichteten?

Lohnerhöhungen, die keine sind. Das Zentrallichtungsamt der deutschen Buchdrucker fällt Freitag einen Schiedsspruch, der die jetzigen Löhne für die Woche vom 7. Juli ab um 50 Prozent, für die darauffolgende Woche um 75 Prozent erhöht. Infolge dieser Lohnerhöhung erhalten die gegenwärtig geltenden Druckpreise eine Steigerung von 70 Prozent. Die anhaltende Wertminderung der Mark und die dadurch mitberurteilte Vertenerung aller Lebens- und Gebrauchsgegenstände läßt die Freitag bewilligte Lohnerhöhung heute längst überholt erscheinen.

Die Erziehungsarbeit der deutschen Gewerkschaften. Die Erziehungsarbeit der deutschen Gewerkschaften ist eine sehr umfangreiche. Zusammen mit den freien Angestelltenverbänden werden 60 Zeitschriften in einer Auflage von insgesamt 9 Millionen Exemplaren herausgegeben. Große Summen werden zu Gunsten von Arbeiterbibliotheken verwendet, ferner wird die Abordnung von Studenten an die Arbeiterakademie in Frankfurt und an die Schulen für Wirtschaftskunde in Berlin und Düsseldorf ermöglicht. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund organisiert außerdem besondere Gewerkschaftsschulen, in welchen die Teilnehmer in die laufenden Arbeiten des Gewerkschaftswesens eingeweiht werden. Endlich ist die Errichtung von Betriebsrättschulen zu erwähnen, in welchen politische und wirtschaftliche Fragen behandelt werden. Etwa 10 Verbände unterhalten besondere eigene Sekretäre für die Jugendabteilungen; wieder andere haben eigene Berufsschulen.

Die Internationale der Beamten in öffentlichen Diensten. In Wien tagten am 2. und 3. Juli 1923 Vertreter der gewerkschaftlichen Beamtenverbände aus Frankreich, Holland, Oesterreich, Tschechoslowakei und Deutschland, um die Vorbereitungen zur Gründung einer allgemeinen Beamten-Internationalen zu treffen. Sämtliche Vertreter der in Frage kommenden Gewerkschaften, erklärten sich für die sofortige Konstituierung des Vollzugsausschusses, in dem vertreten sind: für Deutschland Kalkenberg, Holland Koordhoff, Oesterreich Janzidi, Frankreich Laurent. Die Tschechoslowakei kann in den Vollzugsausschuss je einen Vertreter deutscher und tschechischer Sprache mit beratender Stimme entsenden. Folgende Entschliessung wurde angenommen: „Die eingehende Erörterung der Grundlagen für eine internationale Organisation öffentlicher Beamter, Angestellter und Lehrer hat ergeben, daß die Vertreter der unterzeichneten Verbände auf dem Boden unbedingter und tatkräftigster Solidarität aller um Lohn und Gehalt Arbeitenden im Sinne der geltenden internationalen Gewerkschaftlichen Grundsätze stehen. Die Konferenz stellt fest, daß die Errichtung der wirtschaftlichen sozialen und sittlichen Ziele der Arbeitenden aller Länder nur im Kampfe gegen die internationalen kapitalistischen Wirtschaftsfaktoren möglich ist und erkennt in der Schaffung einer internationalen Organisation öffentlicher Beamter, Angestellter und Lehrer eine der wirksamsten

Waffen in diesem Kampfe.“ Diese Entschliessung ist unterzeichnet: Allgemeiner Deutscher Beamtenbund Berlin; Bund der öffentlichen Angestellten Oesterreichs; Wien; Freie Lehrervereinigung Oesterreichs; Verband der Bundesbürgervereine der Republik Oesterreich, Wien; Gewerkschaft der Unternehmensangestellten der Stadt Wien; Zentral-Beberl. Ambtenaarbond, Amsterdam; Confederation internationale des Syndicats de Fonctionnaires, Paris; Zwag obecnich, zemslych a statnich zriencu, Prag; Verband der öffentlichen Angestellten, Reichenberg. — Als Gäste wohnten der Tagung bei: ein Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, und der Sekretär der Internationale des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals. Die erste Sitzung des Vollzugsausschusses, die unmittelbar nach Schluß der Tagung stattfand, beschloß, die nächste Sitzung des Exekutivkomitees in der ersten Hälfte des Monats Oktober 1923 in Innsbruck abzuhalten. Zum vorläufigen Sekretär der Internationale wurde der Obermann des Bundes der öffentlichen Angestellten Janzidi in Wien bestellt.

Glänzende Geschäftsergebnisse einer Arbeiterbank. Die von den dänischen Arbeiterorganisationen gegründete Arbeiterbank in Kopenhagen hatte im vierten Geschäftsjahre einen Gesamtumsatz von 429 Millionen dänische Kronen oder 89 Millionen mehr als im Vorjahre. Der Ueberschuß betrug 105.254.53 Kronen. Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ist das Aktienkapital um eine Million Kronen erhöht worden.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

München	Schw. Frank	17.75-00
Berlin	Mark	5400.00
Wien	östr. Kr.	2140.00

Müncher Schlussskizze am 7. Juli.

	Gold	Ware
Paris	35.75-00	35.85-00
London	29.80-00	29.85-00
Berlin	0.00.27-00	0.00.29-00
Mailand	24.50-00	24.70-00
Holland	228.00	229.00
Wien	0.00.82-25	0.00.82-75
Budapest	0.08-00	0.08-75
Prag	17.70-00	17.80-00
New York	5.87-00	5.89-00
Belgrad	6.10-00	6.20-00
Warschau	0.00.45-00	0.00.60-00

Kunst und Wissen.

Deutsches Musikfest. In den jährlich wiederkehrenden Sommererscheinungen im Musikleben der Städte, die wie eine Vorahnung der Ferien und Urlaubszeit sind, gehören die abschließenden öffentlichen Musikproduktionen und Austrittsprüfungen der verschiedenen Musikbildungsanstalten. Mit deren stetiger Vermehrung und mit ihrer zunehmenden Schülerzahl haben sie sich zu einer Konzertplage im schlimmsten Sinne des Wortes herausgebildet. Vom pädagogischen Standpunkte aus sind derartige Austrittsprüfungen zu vermeiden, soferne das Streben der Schüler durch ungerichtet lange Zeit hindurch ununterbrochen nur jenem Endziele zugewendet ist; der würdigen Vorbereitung auf ein erfolgreiches Bestehen bei der Schlussskizze wird so viel Zeit, Mühe und Fleiß gewidmet, daß unaussprechlich ein Stillstand in dem allgemeinen Bildungsgange des Schülers eintreten muß, da dieser nichts anderes im Sinne hat als das Brautpaar des Abschlusses. Und als Endpunkte des künstlerischen Werdeganges der Schüler sind jene Abschlussskizzen erst recht gänzlich verfehlt; denn da solten naturgemäß nur jene ihr Können zeigen, die die Schule wirklich als reif entläßt. Wir begegnen aber bei genauerer Betrachtung der Programme der Mu-

sikprüfungen einzelner Institute denselben Absolventen-Namen jahrelang hindurch, so daß es eigentlich ein recht läßes Zeugnis für die betreffenden Musikbildungsanstalten ist, wenn sie durch so und so viele Jahre jene Schüler, jenen Schüler nicht los werden können. Andererseits scheint es mir wieder, als wollten sich jene Institute nicht selbst bloßstellen, wenn sie die Schlussskizzen wirklich als solche einrichten und bestimmter Weise dadurch erklären, dem und jenem sprechen wir die Reize zu; denn die Prüfungen könnten bei einzelnen ein Maß des Könnens ergeben, dem es zuträglich wäre, nicht die Zahl der Lernjahre zu erfahren. Nun könnte mir allerdings jemand einwenden, die Musikinstitute würden von der Absicht geleitet, durch die jährlichen Veranstaltungen zu zeigen, wie weit die einzelnen Schüler innerhalb des Studienjahres vorgeschritten seien und um diese durch den Wettstreit mit den Mitschülern zu neuer Lust und Freude am Lernen anzuspornen. Das wäre gut und billig, wenn die Vortragsstücke nur eine logische Folge des im praktischen Unterrichte Erlernten und nicht die Frucht so langer Vorbereitung und unnützer Mühe und Arbeit wären. Auch der Ansporn könnte den Schülern weit würdiger und zweckentsprechender geboten werden durch ganz intime, in den Institutsräumen zu veranstaltende Schülerabende, bei denen jeder einzelne weit mehr Ruhe und Sammlung hätte, sich und seine Leistung, seinen Vernerfolg in Vergleich zu bringen mit anderen, dem Lernen nach gleichartigen und sonst gleichwertigen Mitschülern. Eine Reform der Schlussskizzen in dieser Hinsicht läge im Interesse der Lehrer und Schüler, um den Prüfungsablegenden und ihren Lehrmeistern selbst Gelegenheiten zu ersparen. Die meisten Konservatorien und Musikakademien als benutzte öffentliche Musikbildungsanstalten gehen hierin doch mit ganz gutem Beispiele voran und lassen nur die wirklichen Absolventen an den öffentlichen Schlussskizzen teilnehmen; derlei ernstlichen Veranstaltungen gegenüber kann auch die Kritik den entsprechenden Standpunkt einnehmen. Die diesjährigen öffentlichen Austrittsprüfungen der Prager Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst gaben nicht in allen Einzelheiten der Absolventen ein Bild künstlerischer Reife. Nicht einmal in dem Schlussskizzen der Schüler aus der „Meister“-Klasse Prof. Anzorgs, das noch dazu als Preisstück um ein von der Firma Koch und Korjet in Reichenberg gestiftetes Piano stattfand, waren die Preiswerber alle derartig qualifiziert, um ihnen das Zeugnis der Reife als Pianisten auszustellen. Als die beiden einzigen, ernstlich in Frage kommenden Preiswärter blieben Fr. Herz und Herr Kallig übrig. Doch Herr Kallig den Preis erhielt, war nur recht und billig; sein Spiel war das in jeder Hinsicht reifere und musikalischere. Rechnlich ungleich waren die Ergebnisse des zweiten Absolventenabends, an dem sich fünf Kandidaten für das Klavierfach, drei Gesangsabsolventen und eine Schülerin für Saxie vorstellten. Unter den Pianisten, die sämtliche der Schule Direktor Finkeles entwachten sind, fielen die gesunden Talente Fr. Ofners und Fr. Walsers auf; diese ist die musikalischere, jene dagegen die rhythmischere und technisch reifere. Unter den Gesangsschülern hat Fr. Sanger am meisten befriedigt; sie ist als Opernsoubrette nahezu Bühnenreif, hat genügend Stimmaterial, gefangens-technisches Können und auch Temperament. Als ausgezeichnete, heute schon voll und ernst zu nehmende Harfenkünstlerin erwies sich das jugendliche Fr. Besenb. Eine der besten Darbietungen dieses Abends war die genuehrliche, silbergewandte Begleitung Georg Singers, eines blutigen Pianisten, zu der von Fr. Melzer gelungenen Bach-Arie. Der letzte Prüfungsabend, gleichzeitig die 46. (1) öffentliche Kunstveranstaltung unserer deutschen Musikakademie in den Snappen drei Jahren ihres Bestehens und Wirkens, gehörten der seit neuer neu eingerichteten Schauspielerschule Robin Roberts. In den kurzen Szenen aus Strindbergs, Hebbels, Wedekinds und Schillers Werken, die hiebei zur dramati-

Die Urinthe.

19

Roman von Leonhard Frank.

„Zehnjährige Unterernährung und seine lebenslangen Auswirkungen, sich bei nur Volksschulbildung geistigen Weisheit zu erwerben, haben des Angeklagten Nervenkraft ruiniert und damit die so nötigen staatsbürgerlichen moralischen und sittlichen Hemmungen beseitigt.“

Der Dichter sah den Psychiater groß und still an, als der fortwähre: „So daß gewisse Anzeichen einer geistigen Erkrankung — der dementia praecox — ins Bild passen.“

„Was ist das?“ fragte der Zigarettenhändler den neben ihm sitzenden Geschworenen.

Der wachte es auch nicht.

Der Psychiater kam ihnen zu Hilfe: „Es handelt sich um eine beginnende leichte Verblöbung. . . Das ganze spricht aber höchstens für eine moralische Minderwertigkeit, die Verantwortung nicht ausschließt.“

Der Staatsanwalt rüde: seine Mappe gerade, sah auf. „Nach Ihrer Anschauung ist der Angeklagte also voll und ganz für seine Tat verantwortlich zu machen.“

Und der Dichter sagte plötzlich gereizt: „Nach meiner Anschauung ist Ihre moderne Psychiatrie eine solche Hochstapelei, die mit exakter Wissenschaft ganz und gar nichts gemein hat.“

Der Vorsitzende wies ihn streng zurecht.

Und der Arzt antwortete dem Staatsanwalt: „Da es sich beim Angeklagten um einen ausgesprochenen Grenzfall handelt, kann ich mich nicht entscheiden, ob infolge seiner Vererbung und erworbenen Anlagen mildernde Umstände in Frage kommen dürften. Doch würde ich, gesetzt, ich müßte mich entscheiden, eher Nein sagen, als Ja.“ Er verbeugte sich.

Und der Verteidiger rief in das durch Stel lungwechseln der Zuschauer verursachte Geräusch hinein mit verwehelter dünner Stimme: „Auerst sagen Sie, Sie können sich nicht entscheiden, und dann entscheiden Sie sich doch! Das kann jeder! Ja auch!“

Worauf der Psychiater ein Gesicht machte, wie ein Mensch, der aus Verfolgtwerden ge wöhnt ist.

Nur und stark ließ der Staatsanwalt in seiner Schlussskizze den Gang der Verhandlung noch einmal aufhellen, streifte öfters mit einem Blick seine Frau, die ein helles Frühlingsskleid von unbestimmter Farbe trug, eine große, wein rote Schleife seitwärts am Hals, und die Atmo sphäre von Jugend und Gespinnst um sich ver breitete.

Beim Erwähnen der Not und der ständigen Geldlosigkeit wurde seine Stimme milder, wieder laut und bestimmt bei der Arbeitschen und den Beziehungen zum Straßenmädchen, als er das Auffinden des erwürgten Lehrers vor der durch wählten Schreibstube und des geraubten Geldes beim Dichter in einem gut gebauten, effektiv ge steigerten Satz zusammenfaßte hatte, wirkte die ruhige Selbstverständlichkeit seines Tonfalls sehr überzeugend bei der Schlussskizze, die Schulfrage nach vorsätzlichem, überlegtem Mordmord zu be zugen.

Während der Worte des Staatsanwalts, der Dichter habe moralisch zwei Menschenleben auf dem Gewissen — denn die treue Haushälterin des Lehrers sei vor Schreck erkrankt und ge storben —, hatte der Offizialverteidiger das Monotel abgenommen.

An diesem Auspruch kommerie er sich an bei seinem Verteidigungsversuch, behauptete, man könne nicht ohne weiteres annehmen, daß dem Dichter auch noch die Schuld am Tode der Haus hältin beizumessen sei, wurde sehr erregt und

land das Monotel nicht. Nervös setzte er seinen Zwicker auf und durchblätterte eine Zeitung: „Ich muß erklären, daß er gearbeitet hat. In der heutigen Nummer ist sogar etwas von ihm abgedruckt. Ist denn Dichten keine Arbeit? . . . Hier!“

In seiner Ratlosigkeit las er vor:

„Wenn ich gestorben bin,
Wird mein Kind an einem sonnigen
Gartenzaun entlang streifen, sich niedersehen,
Gefühlvoll und flug
Die Welt betrachten:
Die Nigen zwischen den Steinen,
Käfer, die auf Dolben sitzen.
Große Last wartet auf dich,
Mein Kind,
Und Weinen.
Du mußt es tragen
Wie alle.
Wäge die gute Besitzerin des Gartens:
Meinem Kind
Durch die Stäbe
Eine Hand voll Pflaumen reichen.“

Noch eine Weile blieb es still im Saal. Der Verteidiger sah erstaunt auf, öffnete den Mund, schloß ihn wieder. „Aber ist denn das nicht schön?“

Der Staatsanwalt ging bei seiner Ent gegnung auf ihn nicht ein, hob noch einmal her vor, daß der Dichter der unliebsamen Zeugen wegen nach Berlin zurückgefahren sei, gleich in der folgenden Nacht wieder in die Heimatstadt. „Angesehen schlich er diesmal durch die noch dunklen Gassen zum Lehrershaus. . . Bei der ausgezeichneten Intelligenz des Angeklagten, der sogar durch seine phantastisch-theoretischen Ab schweifungen einen dünnen Faden Logik ziehen konnte, kann dieses Vorgehen nur als planvolle Ueberlegung gedeutet werden. Darüber, daß der

Angeklagte seinen Lehrer, dessen ganzes Leben wirklich nichts als Mühe und Arbeit war, des halb ermordete, weil dieser ihm vor zweiund zwanzig Jahren ein Glas Milch verweigert hat, will ich wirklich nicht sprechen.“ Er sah mit einem ruhigen Blick an der nickenden Geschworenen reihe entlang und schloß: „Mit ausschlaggebend für Ihren gerechten Wahrspruch muß das scharf hervorretende Motiv sein, daß der Angeklagte seinen alten Lehrer, der ihn fürs Leben vor bereitete, wegen einer Geldsumme, wegen eines Hundertmarkscheines ermordet hat.“

Er glaubt es nicht und sagt es doch, dachte der Dichter.

„Ich sage es aus meiner tiefsten Ueber zeugung heraus. . . er hat es nicht wegen dieses dummen Hundertmarkscheines getan!“ rief der Verteidiger heftig.

„Und der glaubt das nicht und sagt es doch.“

Der Vorsitzende wippte sich nach vorn, schlug die Aktenmappe zu, sah den Dichter an. „Wollen Sie noch etwas sagen. . .? Wenn Sie noch etwas sagen wollen.“

An Stelle des Dichters schien ein fremder Mann zu sprechen. Sein Gesicht war alt und klar. „Wenn ich noch von mir und im Sinne des Staatsanwaltes sprechen wollte, würde ich sagen: er schiebt mir ein falsches Motiv unter. Ich weiß aber, daß es ein Motiv in diesem Sinne gar nicht gibt. Denn für den Menschen besteht ein Motiv nicht so wie für den Hund, der eine Wurst stiehlt, weil er Hunger hat; sondern für ihn ist das Motiv — der Impuls — ein Glied der eifernten Ursachenkette seines ganzen Lebens. . . Deshalb ist nur allein derjenige gerecht, der nicht nach den an der Oberfläche liegenden Motiven urteilt, sondern die Ursachen zu den Motiven sucht und dann verurteilt. . . wenn er es dann noch kann.“

(Fortsetzung folgt.)

schon Vorführung gelangten, offenbarte sich manch verheißungsvolles Talent. Hier merkte man nicht nur Sprachbildung und dramatische Sanklung, sondern auch Stilunterweisung. Als Absolventen dieses Abends, der mit einer stotzgeheilten Aufführung des Goetheschen Schäferspiels „Die Liane des Verliebten“ schloß, galten nur die Herren Lederer und Edwin Janetschek.

Verlegung des Vorstellungsbegins auf halb 8 Uhr. Sämtliche Vorstellungen im Neuen Deutschen Theater (die „Walüre“, die um halb 7 Uhr

beginnt, ausgenommen) werden in dieser Woche um halb 8 Uhr beginnen.

Letzte Vorstellung in der Kleinen Bühne. Die heutige Aufführung von Wedekinds „Lulu-Drama“, das gestern mit Rabel Szanzara a. G. einen starken Erfolg davon trug, wird die diesjährige Spielzeit in der Kleinen Bühne beschließen. Die Vorstellung wird gleichzeitig auch einen Abschied von der Kleinen Bühne in ihrer gegenwärtigen Form bedeuten, da bereits in den allernächsten Tagen an ihrem Umbau

geschritten werden wird. Die heutige Vorstellung beginnt ausnahmsweise um sieben Uhr.

Neues Theater. Heute Sonntag Gastspiel Richard Kubla „Kida“; morgen Montag „Frau Nat Goethe“; Dienstag Reuinszenierung „Walüre“ (Anfang halb 7 Uhr); Mittwoch Gastspiel Richard Kubla „Ernani“; Donnerstag Gastspiel Mario Chamlee „Tosca“; Freitag „Lilium“; Samstag Gastspiel Miller-Chamlee „Lucia von Lammermoor“; Sonntag Gastspiel Richard Kubla „Carmen“.

Aus der Partei.

Kreiskonferenz Kuffig. Sonntag, den 10. August findet um 9 Uhr vormittags im Volkshaus in Kuffig eine außerordentliche Kreiskonferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen „Unsere Presse“ (Referent Genosse Böling) und „Die Gemeindevahnen“ (Referent Genosse Böling).

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Basar.

1332

Berausgeber: Dr. Ludwig Tsch. und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Bl. 2300 S. 8. A.

Stellen-Ausschreibung.

Zufolge Sitzungsbeschlusses der Bezirksverwaltungs-kommission in Teischn vom 28. Juni 1923 gelangt bei derselben die Stelle eines

Kontrollbeamten

über die finanzielle Sebarung der Gemeinden des Ver-
tretungsbezirktes Teischn zur Wiederbesetzung.

Demselben obliegt u. a. insbesondere die Bezirksgemeinden hinsichtlich der Gemeindefinanzwirtschaft und Rechnungsführung im Sinne des Gesetzes vom 12. Aug. 1921, Zl. 329, S. 3. S. u. Bdg., zu überwachen, denselben hiebei beratend an die Hand zu gehen und die diesbezüglichen Referate zu erstatten.

Die Anstellung erfolgt vorläufig provisorisch nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Oktober 1919, S. 3. S. u. Bdg., sowie den ergänzenden Befehlen und Verordnungen, wobei sich die Bezirksverwaltungs-kommission die Festsetzung des Grundgehaltens nach der Qualifikation des betreffenden Bewerbers vorbehält. Bei ansonst gleicher Qualifikation erhalten jene Bewerber, welche die Prüfung aus der Staatsoberrechnungskunde (Rechnungsbeamte) oder eine Fachprüfung abgelegt haben, den Vorzug.

Bewerber, nicht über 35 Jahre alt, wollen ihre mit dem Nachweise der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft, der Absolvierung einer Mittelschule oder gleichgestellten Lehrausbildung, ferner den Nachweisen über die sonstigen abgelegten Prüfungen, über den Gesundheitszustand, Sprachkenntnisse, Unbescholtenheit und bisherige Verwendung belegten Gesuche bis zum 21. Juli 1. J. h. a. einbringen.

Bezirksverwaltungs-kommission Teischn,
am 29. Juni 1923.

1736 Der Vorsitzende: Adolf Rechner.

Alle Bücher

liefert rasch und billig
die

Buchhandlung Freiheit
Leptih-Schönan,
Theresien-gasse Nr. 18.

Großes Lager in preiswert.
Gelegenheitsläufen.
Verzeichnisse senden wir
auf Wunsch kostenlos.



Piering-Seni u. Essig
ist das Beste!
zu haben in allen
Konsum-Ver-einen.

Unio-Fliegenfänger

spart viel Aorger und Geld!
Unio-Werke, G.m.b.H., Pilsen,
Filiale PRAG L, Mikuláská 22.

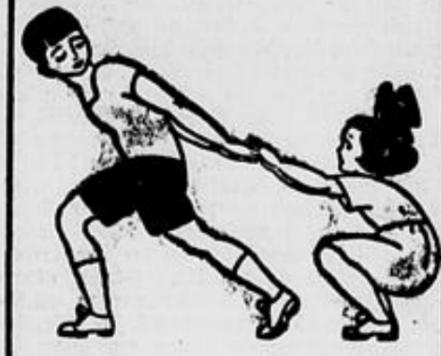
IN DEN
VERKAUFSSTELLEN
VON



SIND
WEISSE SCHUHE
um **Kč**



29:-
WIEDER
VORRÄTIG



Jedes Kind

muß die echten **BERSON-**
Gummiabsätze und Gummi-
sohlen tragen, denn nur
dann sparen die Eltern teure
Schuhreparaturen!



**Gummiabsätze und
Gummi-sohlen**

lassen Sie sich von Ihrem Schuh-
macher anbringen. Sie werden
keine anderen mehr tragen!

Verlangen Sie die führenden amerik.
prima Schweine-Schmalzmarken und
schönsten Speckschnitte

„APEC“ und „MORRELL“

1821 Vertreter für die Czechoslowakei:
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.
Drahtanschrift „Bostra“.
Telefon 6887

Warnung !! 1690

Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei
Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann aus-
schliesslich nur den bestbewährt. Fliegenfänger

KOH-I-NOOR

Ersie Prager Fliegenfänger-Fabrik
Prag-Vrbovic Nr. 448/V. Tel. 7899.

1715

**Reine
Ansatzhefe**

mit besonderer Triebkraft und höchster Halt-
barkeit, garantiert reines Malzwehl u. feinsten
Getreidespiritus als auch Denaturat liefert

Hatscheiner

Zucker-, Spiritus- u. Prohelo-Fabrik der
Brüder A. & H. May.

Altbewährt ist Spaleks
Czernosecker Weinstern Essig
er ist und bleibt der beste.

Weinessigfabrik
Quido Spalek Sohn, Leitmeritz.

Modernst eingerichteter Gärungsbetrieb. 1357-1

Deutscher Theatergarten

Heute großes Konzert

Anfang 3 Uhr

Shantung feiner
Wasch-
ANZUG Kč **250.-**

Rohseiden-Imitation

STRÁNSKÝ, PRAG, Hybernská